





Die Interpellation betreffend die Kolonialverhältnisse des Militärs vertrat Genosse Dr. Farbstein. Der erste Fall, den er vorbrachte, betraf die äußerst schmerzliche Behandlung des sozialdemokratischen Stadtrats Walter in Winterthur durch den Infanterieoberleutnant Schweizer, der damit geendet, daß derselben der Truppenkommandant Oberleutnant Merli, erster Staatsanwalt des Kantons Zürich, einen „Verweis“ erteilte. Der zweite Fall betraf die empörende Mißhandlung von Verhafteten durch Soldaten und Unteroffiziere in der Fabrik Arbenz in Anwesenheit von Offizieren, die sich darüber beunruhigten. Ein bei den Vorgängen anwesender Unteroffizier hatte darüber einen Artikel im „Volkrecht“ veröffentlicht. Der dritte Fall betraf die entsetzliche Mißhandlung zweier verhafteter Italiener durch Offiziere mit der Reitpeitsche in der Kaserne. Farbstein liest an diesen gemeinen und rohen Kolonialverhältnissen die schärfste Kritik. Das seien feige Handlungen, die das eigentliche Wehrrecht schändeten, so daß man den schuldigen Offizieren die Uniform herunter reißen sollte. Aus dem Militärgefesche und der Militärprozedur wies er nach, welche schweren Vergehen hier vorliegen und daß die Vorgesetzten verpflichtet waren, sie zur Ahndung zu bringen und nicht die Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen. Sie gehörten vor das Kriegsgericht und er fragte daher an, was in dieser Beziehung geschehen ist oder noch geschehen soll.

Die Antwort gab der Militärdirektor Regierungsrat Meuler, der sich des langen und breiten über das Militäraufgebot verbreitete, obgleich es Farbstein aus seiner Interpellation ausgeschlossen hatte. Der Schluß der Herren Streikbrecher, die starke Inanspruchnahme der Polizisten durch die Streikbewegung, die Furcht vor dem Generalstreik und Unruhen waren die Ursachen, aus denen das Militär aufgegeben und zum Mittel mißbraucht und degradiert wurde! Den Streik selbst wollten die guten bürgerlichen Minister natürlich nicht unterdrücken, bewahre! Auf die von Farbstein vorgebrachten militärischen Exzesse übergehend, erklärte Meuler, einmal, daß wir in einer aufgeregten Zeit lebten und da einige Pässe begreiflich seien und sodann, daß die Militärberichte davon nichts enthalten, ergo, was nicht in den Akten stehe, für ihn auch nicht existiere.

Es folgte die Interpellation unseres Genossen Heuser, betreffend die Ausweisungen und die Kolonialverhältnisse der kantonalen Polizei. Er beleuchtete besonders eingehend und kritisch die Ausweisung unseres Genossen Hauth, die ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft ist. Er fragte sodann direkt den Justizdirektor Käggli, ob es wahr sei, daß nach der öffentlichen Erklärung des Journalisten Frei dieser aus Regierungskreisen verbannt worden sei, eine öffentliche Bewegung für die Ausweisung Hauths zu inszenieren. Sodann ging er zu den übrigen 31 Ausweisungen über, wovon viele Familienkäter betroffen wurden, die Schweizerinnen zu Frauen haben, 10 und 15 Jahre in Zürich wohnten und nun barbarisch und brutal von der Familie gerissen wurden, weil sie wegen irgend einer Lappalie eine Polizeibüchse erhielten. Die Kolonialverhältnisse stellte er an einem Duzend bestimmter Fälle dar, wovon der schlimmste der ist, indem ein Polizist auf einen gefesselten Arrestanten den Hund hefte, der ihm 5 Wisse beibrachte, die ärztlich festgestellt sind. Er forderte vom Polizeidirektor Käggli die Säuberung des Polizeikörpers von solchen Elementen. Polizeidirektor Käggli machte sich in seiner geistigen und staatsmännischen Unzulänglichkeit die Sache sehr leicht. Gegen unseren Genossen Hauth brachte er einige Schmuddigkeiten vor, wie, er sei dreimal vorbestraft usw., verschwiege aber, daß es sich dabei nur um Preßvergehen und Geldbußen handelte. Man erfährt auch, daß gegen mehrere Polizisten Untersuchung im Gange sei. Aber zum Schluß erklärte er ganz a la Puttkamer, daß er in einem besonderen Tagesbefehl den sauberen Polizisten für ihre Leistungen Dank und Anerkennung aussprechen werde.

In einer längeren Rede legte unser Genosse Regierungsrat Ernst seinen Standpunkt dar, von dem aus er im Schoße der Regierung das Streikpostenverbot, das Militäraufgebot usw. bekämpft habe.

Nachdem noch Regierungspräsident Stöbel sein Sprüchlein hergesagt, wurde die Diskussion auf den 10. September vertagt. Das Endergebnis wird die rückhaltlose und anerkennende Billigung aller vorgekommenen Gewalttaten durch die kompakte bürgerliche Majorität sein, die an den vorgebrachten Schandakten ihre helle Freude hatte.

## Deutsches Reich.

### Militaristische Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Seit Monaten ist eine originelle Diskussion unter ehemaligen Offizieren und anderen Staatsrettern darüber entstanden, ob es möglich sei, durch eine Art politischen Instruktionunterrichts in der Armee den sozialdemokratischen Anschauungen entgegenzutreten. Die Mehrheit der Stimmen ging dahin, daß es eher bedenklich, als erfolgversprechend sei, wenn man in der Armee die soziale Frage behandle. Trotz alledem wogt der Streit noch hin und her. So befinden sich wiederum in der letzten Kammer des „Tag“ zwei Artikel über dieses Thema, die sich diametral gegenüberstehen. Ein Dr. Brünning, anscheinend Leutnant oder Hauptmann der Reserve, vertritt den Standpunkt, daß es durchaus nicht unmöglich sei, den Soldaten klar zu machen, daß die sozialdemokratischen Lehren Irrlehren seien, daß sie jeden Staat zugrunde richten und das Volk in erster Reihe schädigen müßten. Er selbst habe diese Art des politischen Dienstunterrichts praktisch erprobt. Bei seinen Landwehrrübungen habe er über dieses Thema besonders oft gesprochen. Auch habe er jeden Landwehrmann „stark und frei“ sprechen lassen, und er sei gewiß, daß diese Unterrichtsstunden Nutzen gestiftet hätten. Der Offizier habe aber noch ein besseres Mittel als den Dienstunterricht zur Hand, um die „sozialdemokratische Hege“ im Heere zu bekämpfen: die Kameradschaftlichkeit. Er brauche bloß den so verächtlich übertriebenen Herrenstandpunkt aufzugeben und auch im „gemeinen Soldaten“ den „Kameraden“ zu sehen, um der Sozialdemokratie nach und nach das Wasser abzugraben.

Der Auffassung dieses „Reserveoffiziers“ mit seinen schlappen Bivlananschauungen von allgemeiner Kameradschaftlichkeit tritt scheinbar ein anderer Sachverständiger gegenüber, der erklärt, daß es selbstverständlich ganz ausgeschlossen sei, daß sozialistische Fragen etwa während der Unterrichtsstunden in Form einer Diskussion zur Sprache gebracht werden könnten. „In der Armee wird überhaupt nicht diskutiert, sondern nach wohlbedachter Erwägung befohlen, erläutert und dann gehorcht.“ An dieser Disziplin könne nicht gerüttelt werden, denn ein „Bakterium mit den Truppen“ könne die deutsche Disziplin „gottlob“ noch nicht und werde es hoffentlich auch nie lernen. Es sei überhaupt ausgeschlossen, in den gewöhnlichen Instruktionstunden an politische Fragen zu rühren. Wohl aber sei es möglich, daß der Chef der Kompanie jedes nationale Ereignis und jeden Gedenktag dazu erhalte, um mit kurzen Worten

beim Appell auf die nationale Bedeutung dieser Tage hinzuweisen. Namentlich sei es aber unerlässlich, daß der Kompaniechef von Zeit zu Zeit „ernsthafte, aufklärende, politische Gespräche“ im Kreise seines Unteroffizierkorps anregt. Die Unteroffiziere der einzig ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, und der Hauptmann habe das höchste Interesse daran, daß seine Unteroffiziere zu einer „gewissen klaren politischen Einsicht“ gelangten.

Man sieht, dieser Herr setzt keine allzu großen Hoffnungen in die politische Aufklärungsarbeit der Herren Offiziere; höchstens erwartet er von einer politischen Bearbeitung der Unteroffiziere wenigstens die Bewahrung dieses Kernes der Soldateska vor der Infektion mit sozialistischen Ideen.

Wie auch das Resultat dieses Meinungsaustausches ausfallen mag: von einer Bekämpfung des Sozialismus in der Armee durch aktive oder Reserveoffiziere hat die Sozialdemokratie wahrhaftig nichts zu befürchten. Am allerwenigsten aber von dem „Geiste der Kameradschaftlichkeit“, von dessen Reinkultur ja die zahllosen Militärgerichtsverhandlungen ein so bereedtes Zeugnis ablegen! —

### Herr Spahn über die Kolonialskandale.

Nun hat endlich auch ein älterer Zentrumsparlamentarier, der Abgeordnete Spahn, Veranlassung genommen, sich über die Kolonialskandale zu äußern. Die „Germania“ bringt einen längeren Bericht über eine Rede, die Herr Spahn am Sonntag in einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Rheinbach gehalten hat.

Herr Spahn hat selbstverständlich nicht so kräftige Töne angeschlagen, wie Herr Erzberger. In der Sache selbst freilich hat auch er ein vernichtendes Urteil über unsere Kolonialwirtschaft fällen müssen. Herr Spahn betonte zunächst, daß es notwendig sei, daß auch für die Kolonien die Vorschriften über die Rechnungslegung zur Durchführung gebracht werden müssen. Die Schwierigkeiten, diese Durchführung zu erreichen, seien bei der mangelhaften Schulung des Personals in den Kolonien nicht gering. Die mangelhafte finanzielle Durchbildung der Beamten verhalte sich hauptsächlich, daß die Lieferungsverträge für die Kolonialtruppen nicht mit der nötigen Umsicht abgeschlossen seien. Der Reichstag müsse das Recht erhalten, eine Kontrolle auch über die kolonialen Finanzabläufe zu führen. Keiner der verantwortlichen Minister dürfe sich der Mission hingeben, daß sich hinter dem Rücken der Reichsmehrheit auf dem Verwaltungsweg eine eigene Kolonialpolitik treiben lasse.

Mit Recht wendet diesen Ausführungen gegenüber die „Freisinnige Zeitung“ ein, daß an der Korruption unserer Kolonialverhältnisse keineswegs nur die mangelnden Abrechnungen der Kolonien die Schuld trügen, sondern daß auch innerhalb der Kolonialabteilung selbst die größten Verstöße gegen das Staatsrecht gemacht worden seien. Diese Verstöße können aber keineswegs auf mangelhafte finanzielle Vorbildung zurückgeführt werden.

Herr Spahn verwies dann auf den Unterschied zwischen dem parlamentarischen und dem konstitutionellen System. Die Erklärung des englischen Ministeriums, es würde zur Bestrafung der Schuldigen in der letzten kolonialen Korruptionsaffäre die nötigen Maßnahmen ergreifen, werde vom englischen Volke als ausreichend betrachtet. Die englische Bevölkerung könne nämlich die Zurechtweisung des Verursachenden auch eingestehen, weil ein Vertuschungssystem von den Gegnern des Ministeriums zum Sturze desselben fruchtigster werden könne. Schon im Interesse seiner Selbsterhaltung werde das englische Ministerium also seine Versprechungen halten müssen. Dieser Grund des Vertrauens fehle in Deutschland!

Wir wollen nicht mit Herrn Spahn darüber streiten, ob die englische Bevölkerung tatsächlich Grund zu der Annahme hat, daß der Kolonialkorruption in England ernstlich zu Leibe gegangen werde. Die Kolonialkorruption steht so sehr im Wesen des Kapitalismus selbst, daß in diesem Punkte auch die jeweilige Opposition ein oder auch beide Augen zudrückt. Aber sei dem wie ihm wolle: Herr Spahn hat umsoweniger Ursache, sich auf den englischen Konstitutionalismus zu berufen, als ja unser Zentrum nicht einmal den Mut hat, gegen einen Reichskanzler vorzugehen, dem von einem seiner eigenen Abgeordneten Begünstigung des Vertuschungssystems der kolonialen Korruption nachgewiesen worden ist! Das Zentrum könnte selbst bei unseren heutigen absolutistischen Zuständen selbst höchstgestellte Verantwortliche der Kolonialkorruption stürzen, wenn es dadurch nur seine fraktionellen Interessen nicht zu gefährden fürchtete! —

### Er soll sich nicht vor den Bandhaken lassen!

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwört ihren Red, doch ja nicht nachzugeben, sondern seinen Ministerposten mit aller Energie zu verteidigen. Der Augen habe zu sehen, müsse wahrnehmen, daß es sich um eine politische Hege gegen den Landwirtschaftsminister handele, zu welcher der Name Tappelskirch nur den Vorwand diene. Die Worte gegen Robbieloff habe drei Ursachen. Erstens sei er der am weitesten rechts stehende Minister, zweitens verdanke seinen Bemühungen in erster Linie die Landwirtschaft den jetzigen Aufschwung und drittens habe man es sich vermerkt, daß er der Presse mit dem bekannten Worte gespothet habe: „Ich weise auf die Presse und die sogenannte öffentliche Meinung“.

Die ganze Tappelskirch-Robbieloff-Affäre sei durch „Weiberklatsch“ entstanden. Es scheine schon jetzt festzustehen, daß es sich „um nichts weiter als ein Freundschaftsbarleben von einigen Tausend“ handele. Die Beteiligung des Landwirtschaftsministers an dem Tappelskirch'schen Geschäfte sei durchaus einwandfrei. Viele Landwirte und Vaterlandsfreunde riefen deshalb ihrem Red zu: Welche nicht zurück, sondern sege dich kräftig zur Wehr!

Wir haben schon neulich erklärt, daß es uns ganz recht wäre, wenn die Agrarimmoral schließlich triumphierte und Hob auf seinem Plage bliebe. Ein prächtigeres Agitationsmittel könnte sich die Sozialdemokratie gar nicht wünschen! —

### Eine Kritik unserer Sozialgesetzgebung.

Unsere sozialpolitischen Versicherungsgeetze stellen nicht eine einheitliche Arbeit, nicht das Ergebnis einer ruhigen Rechtsentwicklung dar. Es handelt sich vielmehr um Gelegenheitsgeetze, die auf äußere Anregung aus zufälligem Anlaß, jedenfalls ohne vertiefte Durchbildung zustande gekommen sind. Die Materialien dieser Geetze dürfen daher für ihre Auslegung nicht herangezogen werden.

Diese mehr als sonderbare Auffassung über unsere soziale Fürsorgegesetzgebung hat just das — Berliner Landgericht in einer Entscheidung vom 22. März des Jahres Eintausendneuhundertundsechs niedergelegt. Zu dieser salomonischen Entscheidung auch nur ein Wort der Kritik zu äußern, würde die Wirkung derselben auf den Sozialpolitiker nur abschwächen. Indessen glauben wir doch sagen zu sollen, daß der Regierung und dem Reichstag nicht mehr gesagt werden konnte! —

### Nationalliberale Antisemiten.

Am Sonntag tagte, wie ein Nachrichtenbureau mitteilt, in Friedberg (Oberhessen) eine Konferenz, um die Ueberführung der dreimal wöchentlich erscheinenden antisemitischen „Deutschen

Volksmacht“, dem Organ der Herren Hirschel und Pöfner, in ein Tageblatt unter Umwandlung in eine Aktiengesellschaft zu beschließen. Die „Deutsche Volksmacht“ soll vom 1. Januar 1907 ab täglich erscheinen. Landtagsabgeordneter Hirschel soll Direktor des Unternehmens werden, zu dessen Funderung ein Betrag von 120 000 Mark aufgebracht werden soll. Das Nachrichtenbureau sagt dann, an dem Kapital fehle es nicht, da schon namhafte Beträge gezeichnet seien, so 10 000 M. vom Grafen Oriola, 10 000 M. von Luise-Petershausen, 10 000 M. vom Herrn v. Hehl u. Herrnsheim, 15 000 M. vom Baumaterialienhändler Ulrich-Friedberg. An dieser Umformung eines antisemitischen Wochenblattes in ein Tageblatt ist weiter nichts bemerkenswert, als daß Freiherr v. Hehl und Graf Oriola, die Führer der nationalliberalen Partei in Hessen das Geld dazu geben! Daß zwei Führer der nationalliberalen Partei mit ihrem Gelde das Publikationsorgan einer gegnerischen rechtstehenden Partei aushalten, ist auf alle Fälle ein interessantes politisches Sittenbild. — Die Umleitung der „Volksmacht“ scheint in erster Linie deshalb vorgenommen zu werden, um Herrn Hirschel eine neue Existenz zu schaffen. Hirschel war in Friedberg bislang Direktor einer landwirtschaftlichen Genossenschaft, in welcher Eigenschaft er sich eine staatsanwaltliche Anklage wegen Unterschlagung zugunsten der Verhandlungen hieüber schweben ließ.

## Ausland.

### Ungarn.

**Korruption.** Um die Gesetzwidrigkeiten und Gewalttätigkeiten der Regierung totzuschweigen oder zu beschönigen, wird in Ungarn nach berühmten Mustern die Presse gespielt. Das ist von altersher so Brauch, und auch das jetzige „große Ministerium der nationalen Wiedergeburt“ macht hierüber keine Ausnahme. Gerade diese Regierung hat so viel versprochen und hält so wenig, daß sie große Summen an Bestechungen und Korruptionsgeldern verwenden muß. Dieser Lage konnte das oppositionelle Blatt „Magyar Szó“ folgendes berichten: Am 4. August hat der Handelsminister Koltuth mittels Verordnung die Direktion der königlich ungarischen Staatsbahnen angewiesen, dem Preßbureau im Ministerpräsidium 50 000 Kronen zu zahlen. Die Staatsbahndirektion hat daraufhin dem Preßbureau diese Summe übermitteln. Der Veröffentlichung waren ganz genaue Daten und die Altzeichen beigefügt, so daß der Dementierapparat nicht in Funktion treten konnte. Dagegen erfolgte eine offiziöse Erklärung, die noch mehr befähigte. Sie besagte, daß „das Handelsministerium und die übrigen Ministerien angewiesen waren, den von der vorigen Regierung erschöpften Dispositionsfonds teilweise zu ersetzen, weil man sowohl in Ungarn wie auch sonst wo ohne Dispositionsfonds nicht regieren könne.“ Danach hat man also die Mittel zu Bestechungen auch aus anderen Staatskassen entnommen, jedes Ministerium aus den ihm zur Verfügung stehenden Resertkassen. Nun aber bringt der „Magyar Szó“ auch noch den Beweis, daß die Behauptung von der Erschöpfung des Dispositionsfonds durch die vorige Regierung erlogen ist. —

### Frankreich.

#### Der Pöppel auf dem Kriegsspfad.

Paris, 28. August. (Fig. Ver.)

Behorham ist des Christen Schmauß! Befähigt nehmen die Bischöfe den ordinären Tölpelreichthum hin, der in der Enghilka aus einer Zweidrittelmajorität für die Annahme des Trennungsgesetzes eine einmütige Opposition dagegen gemacht hat. Ihre einzige Bedanke ist der Vertrat des Schwundes an die Öffentlichkeit und diese Bedanke ist in der Tat wirkungslos genug. Strenge Verschwiegenheit hat Berry del Val der Bischofsversammlung geboten und nun wurden ihre Geheimnisse mit fast protokolllarischer Genauigkeit im „Temps“ und „Etoile“ enthüllt. Nicht als Insignie, schmeigsam an der Wahrheit vorbeigleitende Diplomatie erscheint nunmehr die vatikanische Politik, sondern als gemeine Wald- und Wiesenläge und ihre ertappten Leiter sind in die unerfreulichste Schulden-situation geraten. Eine ärgere Blamage hätte der römischen Kirche nicht zustehen können, zumal in dem Augenblick, wo sie an die Glaubensmündigkeit und die sittliche Kraft der ihr noch anhängenden Massen appelliert.

Ist nun so viel Licht auf die Politik der Kurie gefallen, so hat es sie doch nicht im geringsten verständlicher gemacht. Von 74 französischen Bischöfen haben 48 die Anpassung der Kirche an das Trennungsgesetz für möglich gehalten. Statuten für die Kultusassoziationen und für die Departementsverbände sind ausgearbeitet worden, die dem Staatsgesetz wie dem kanonischen Prinzip gleichermäßen Rechnung tragen. Im Grunde ist das Prinzip, das für die Kirche die Hauptsache bleiben muß, die Autorität der Hierarchie, schon im Artikel IV des Trennungsgesetzes festgelegt, und ob die Kirchengemeinde nach dem historischen Grundfah der Stiftung oder mehr nach dem modernen des Vereins konstituiert ist, kommt für die Praxis des kirchlichen Lebens daneben nicht mehr viel in Betracht. Und dieser reichlich erwägend und vorsichtig beschließenden Kirchenversammlung schlägt der vatikanische Politiker geradezu ins Gesicht. Sie, die französischen Bischöfe urteilen aus ihrer Kenntnis der religiösen Bedürfnisse des Landes, des Glaubensifers und der politischen Stimmung des Volkes. Worauf hat die Kurie ihre Entscheidung gegründet? Etwa auf die Unvereinbarkeit der staatlichen Einrichtung auf die weltliche Organisation der Kirchengemeinden mit den kanonischen Grundfahen? Aber diese Einwirkung duldet die Kirche in noch höherem Maße in anderen Staaten. Und Kardinal Ber-mutelli, der doch wohl auch die Autorität der Kirche nicht untergraben will, hat dieser Tage erklärt, die Kultusassoziationen seien schließlich annehmbar gewesen, nur die im Geleß ausgesprochenen finanziellen Beschränkungen hätten die Kirche in eine unvürdige Unfreiheit gebracht.

Was will Rom eigentlich? Seine Politik ist so erstaunlich, daß man versucht wird zu glauben, hier sei nicht Bius X. täppische Dauernhand, sondern die geschulten Finger eines fähigen Intrigantentums im Spiel. Die Ablehnung des Trennungsgesetzes, das bedeutet, daß das kirchliche Leben auf die Basis des allgemeinen Vereinsrechts und der losen Privatvereinigung gestellt werden muß. Das bedeutet aber auch die Schwächung der Weltgeistlichkeit im Verhältnis zur Kongregation, die den größten Teil ihrer Habe im Ausland und durch Strohmänner auch im Inland in Sicherheit gebracht hat. Wenn die Güter der Kirche den weltlichen Wohlfahrtsinstituten zufallen und die Kirchengelände von radikalen Gemeinden gesperrt werden, wenn in ärmeren oder religiös gleichgültigeren Diözesen die katholischen Religionsvereine in finanzieller Bedürftigkeit bleiben, dann wird der Einfluß der überall eingreifenden und von der Staatsgewalt nicht zu pazenden Kongregation im französischen Katholizismus übermächtig werden. —

### Italien.

**Eine Referistenmeuterei.** Aus Turin wird vom 29. August gemeldet: Referisten kam es in Castella Monte zu Unruhen der Referisten, die darüber unzufrieden waren, daß die Behörden die zugehörte Geldunterstützung für ihre Familien noch nicht ausbezahlt hatten. Die Referisten meuterten und empfinden die Offiziere, welche sie beruhigen wollten, mit Steinen warfen. —

### Polizistenstreik

Einer Nachricht aus Rom vom 29. August zufolge sind die Kasernen der Municipalgarde wegen des Ausstandes von der Garde verlassen. Die Bevölkerung veranstaltete Sympathie-demonstrationen zu ihren Gunsten und unterführt sie auch materiell. —

### Spanien.

**Neues Auffommen des Generalstreiks** melden die Telegramme aus Bilbao und Santander. Die Meldungen lauten: Santander, 28. August. Die Ausständigen drangen in die Stadt ein und verübten Ausschreitungen. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei gaben die Ausständigen Revolverkugeln auf die Polizisten



Anträge

zum

sozialdemokratischen Parteitag

am 23. September und folgende Tage

im Apollo-Theater zu Mannheim G. 6. 3.

Zur Tagesordnung:

- 1. Werden, Lüneburg, Friedrichstadt und Genosse Helfer in Misdorf beantragen, auf die Tagesordnung „Die Alkoholfrage“ zu setzen.
2. Wahlverein für den dritten sächsischen Wahlkreis: „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung“ auf die Tagesordnung zu setzen.
3. Potsdam-Dshabelland: „Partei und Gewerkschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen.
4. Potsdam-Dshabelland: Zu Punkt 4 der Tagesordnung, „Maifeier“, den Genossen Wömelburg als zweiten Berichterstatter zu wählen.
5. Dresden, Hanau, Mühlhausen in Thüringen, Plauen, Nieder-Varnim, Bochum, Breslau und Potsdam-Dshabelland: Zu Punkt 5 der Tagesordnung einen zweiten Berichterstatter zu stellen. Als zweiten Berichterstatter entweder den Genossen Vegien oder ein anderes Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften zu wählen.

Bericht des Parteivorstandes.

- 6. München: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um einige Genossen zu vermehren und diese Stellen mit hervorragenden Gewerkschaftsführern zu besetzen.
7. Straßburg (Stadt): Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu verstärken. — Um eine dauernde Verbindung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu erreichen, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Bildung eines Aktionsausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden Körperschaften, in Verbindung zu treten und das Ergebnis der Verhandlungen dem nächsten Parteitag zu unterbreiten. Die Mitglieder eines eventuell zu bildenden Aktionsausschusses werden vom Parteitag aus dem Parteivorstand gewählt. Der nächste Gewerkschaftskongress wird ersucht, zu dieser Frage ebenfalls Stellung zu nehmen.
8. Magdeburg und Bochum: Daß der Vorstand um zwei Sekretäre verstärkt wird.
9. 11. Badischer Reichstagswahlkreis. Mannheim, Weinheim, Schwegen: Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes so zu vermehren, daß in agitatorischer Hinsicht mehr geschehen kann, als bisher.
10. 1. Badischer Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, alljährlich Agitationskassen zu veranstalten, bei welchen an jedem Orte, wo ein Lokal aufzutreiben ist, Versammlungen abgehalten werden sollen.
11. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: (Resolution). In Anbetracht, daß der Parteivorstand bisher nichts getan hat, um den Beschluß des Jenaer Parteitages betreffend des Antrages 19 zu verwirklichen, verlangt der Parteitag, daß die von ihm gefassten Beschlüsse auch durchgeführt werden und fordern nochmals zur regen Agitation gegen den Militarismus im Sinne des Antrages 19 von 1905 auf.
12. Frankfurt a. M.: Im Geschäftsbericht des Parteivorstandes hat derselbe über die ihm überwiesenen Anträge Bericht zu erstatten, inwieweit Ablehnung oder Durchführbarkeit vorhanden war.
13. Heddinghausen: Für sämtliche sozialdemokratische Kreisvereine Deutschlands wird ein einheitliches Mitgliedsbuch angefertigt, in dem das Parteiprogramm und das Organisationsstatut der Gesamtpartei abgedruckt ist. Die Kreisvereine beziehen das Buch zum Selbstkostenpreise.
14. 3. Badischer Reichstagswahlkreis: Die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher sowie einheitlicher Beitragsmarken mit Wertangabe nicht unter 25 Pf. monatlich ist mit 1. Januar 1907 für das ganze Reich vorzunehmen. Lokalaufsätze zu erheben bleibt den Mitgliedschaften überlassen.
15. Altenburg: Die Mitgliedsbücher der sozialdemokratischen Organisationen sind für ganz Deutschland einheitlich herzustellen.
16. Vant: Der Parteitag wolle beschließen, dem Parteivorstande aufzugeben, einheitliche Mitgliedsbücher für ganz Deutschland einzurichten und anfertigen zu lassen. Dieselben müssen enthalten: den Vermerk für An- und Abmeldung und Adressen für Wochenbeiträge sowie das Parteiprogramm und das Organisationsstatut.
17. Ruhrort: Der Parteitag möge dahin wirken, daß in aller nächster Zeit die einzelnen Kreisorganisationen zu einer geschlossenen Landesorganisation zentralisiert werden, sowie die Mitgliedsbücher einheitlich herauszugeben. Die Beiträge setzt jedoch jeder Kreis für sich fest.
18. Ehlingen: Der Parteitag möge beschließen, daß für das ganze Reich ein einheitliches Mitgliedsbuch geschaffen wird, in welchem die Forderungen zum Einleihen der Beitragsmarken derart gleichmäßig sind, daß sie für alle Marktsysteme benutzt werden können. Des weiteren soll das Mitgliedsbuch nur das Programm der Gesamtpartei, Geschäftsordnung usw., aber nicht die Satzungen der Parteien der verschiedenen Bundesstaaten enthalten.
19. Vant: Der Parteitag möge sich im Prinzip für die Einführung der Wochenbeitragsmarke an Stelle der verschiedenen Beitragssysteme erklären.
20. Bochum: Der Parteivorstand ist verpflichtet, alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden bzw. Parteisekretäre der Provinzialkommissionen nebst den politischen Redakteuren der Parteipresse zu einer Konferenz zusammenzubringen. Auch bei größeren Aktionen, z. B. Wahlrechtsbewegung, ist um ein einheitliches Vorgehen zu ergreifen, eine derartige Konferenz einzuberufen.
21. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, bei besonderen Aktionen und zur Verständigung über innere Organisationsangelegenheiten die Leiter resp. Geschäftsführer der Bezirks- und Landesorganisationen und je nach Bedarf auch weitere Kreise der Parteifunktionäre zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzubringen.
22. Koblenz (Eifel): Der Parteitag möge dem Parteivorstand zur Pflicht, alljährlich Reichstagsabgeordnete zu gewinnen, die nach Schluß des Reichstages in allen räumlich getrennten Wahlkreisen in öffentlichen Volksversammlungen Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Reichstage zu erstatten haben.
23. Neustadt in Holstein: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand muß alljährlich mindestens einmal auf seine Kosten eine Agitationstour durch einen Reichstagsabgeordneten in den schwachen Wahlkreisen vornehmen lassen.
24. 4. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mit der General-

kommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung zu treten, daß letztere die Führer der Gewerkschaften veranlaßt, ihre Mitglieder entschieden auf die politische Organisation und die Parteipresse hinzuweisen.
25. Breslau: Der Parteitag wolle beschließen: Es ist eine rege Agitation gegen den Militarismus in den breitesten Volkskreisen zu entfalten. Zu diesem Zwecke hat der Parteivorstand alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Reservenaushebung Flugblätter herauszugeben. Ebenso haben auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Thematika diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Arbeiterpresse mit durchlaufenden Artikeln große Dienste erweisen wird.
26. 10. württembergischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag möge beschließen: Den Parteivorstand zu beauftragen, das Deutsche Reich in Agitationsbezirke einzuteilen und je nach Bedürfnis besoldete Agitationsleiter anzustellen.

Presse.

- 27. Stuttgart: In Erwägung, daß die Zentralorganisation heute allgemein als die allein zweckmäßige Form der gewerkschaftlichen Organisation betrachtet werden kann, möge der Parteitag beschließen, daß die Parteipresse weder Anzeigen noch für den redaktionellen Teil bestimmte Publikationen der lokalen oder anderen Sonderorganisationen, die nicht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen sind, aufnehmen darf.
28. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Persönliche Polemiken sind in der Parteipresse möglichst zu vermeiden.
29. Ruhrort: Dem Wahlkreise Duisburg-Mühlheim-Oberhausen-Ruhrort ist eine einmalige Pauschalsumme zum Preisfonds zur Errichtung der eigenen Presse zu bewilligen.
30. Lüneburg: Der Parteitag wolle beschließen eine alle 14 Tage erscheinende Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung herauszugeben. Dieselbe darf nicht zu reichlich illustriert sein und nicht über 25 Pf. pro Heft kosten.
31. Niederharnim: Der „Vorwärts“ wird den Abonnenten von Groß-Berlin im Wochenabonnement für 25 Pf. abgegeben.
32. Münchenbernsdorf, 3. weimarscher Wahlkreis: Der Parteitag möge beschließen, die Zäsuren innerhalb der Partei, wie sie in letzter Zeit die Zeitungen geführt haben, sind aus der Welt zu schaffen, weil dieselben den Genossen auf dem Lande zu Wahlfeldern den Kampf erschweren.
33. Wahlkreise Deuthen-Larnow, Rattow, Jährze und Gleiwitz-Zublin: Der Parteitag möge beschließen in Berücksichtigung der Notwendigkeit, die politischen Proletarier im ober-schlesischen Industriebezirk und den Reigen des Nationalpolenismus zu bekämpfen und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe der politisch-sozialistischen „Gazeta Robotnicza“ in Rattow als täglich erscheinendes Blatt die erforderlichen Mittel zu bewilligen.
34. Hanau: 1. Den Parteivorstand zu beauftragen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Tätigkeit des Reichstages während der letzten Session kritisch beleuchtet wird.
35. Pflungstadt: Die Delegierten zum Parteitag zu beauftragen, auf dem Parteitag zu verlangen, daß die unfruchtbaren Fäulereien zwischen den einzelnen Parteiorganen aufhören müssen.
36. Herten: Der Parteitag möge beschließen, daß die in Parteigesellschaften hergestellten Drucksachen, namentlich was die „Majzeitung“ anbetrifft, eine bessere Ausstattung erhalten.
37. Hamburg III: Die Genossen protestieren gegen die illustrative Mißgestaltung der Festzeitungen 1906 und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Herstellung verwendet wird.
38. Genosse Strummacher-Essen: Die sozialdemokratische „Partei-Korrespondenz“ wird zu einem angemessenen Abonnementpreis durch Vermittlung der Partei- beziehungsweise Kreisorganisation an die Genossen, die ein Interesse daran haben, abgegeben.
39. Heidelberg: Die neu herausgegebene „Partei-Korrespondenz“ ist allen Ortsvereinsvorsitzenden unentgeltlich zuzustellen.
40. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Eppendorf): Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zeitung für die Landarbeiter herauszugeben und alle Monate gratis zu verteilen.
41. Hamburg II: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine leichtverständlich abgefaßte Broschüre herauszugeben, in welcher in kurzen Zügen auf die Ziele des Sozialismus sowie auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen hingewiesen und zum Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine aufgefordert wird.
42. Diese Broschüre ist in einer Massenaufgabe herzustellen und zum Druckkostenpreis von den Vertrauensleuten der Partei sowohl wie auch der Gewerkschaften zur Agitation für die Partei zu verwenden.
43. Greifeld: Eine billige Ausgabe des Parteitagprotokollens zu veranlassen, um daselbe weiteren Genossenschaftsleuten zugänglich zu machen.
44. Durlach: Der Parteitag in Mannheim möge beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, erstens die Vollendung des 1895 begonnenen Werkes: Der Sozialismus in Einzelvorstellungen in die Wege zu leiten; zweitens die eventuelle Umarbeitung und Weiterführung des 1900 erschienenen Reichstagshandbuchs von M. Schippel zu veranlassen.
45. Genossin Altmann-Wilmersdorf: Der Parteitag wolle beschließen: Der für die Beilage der Arbeiterinnenzeitung der Partei unpassende, ja unheimliche Titel „Frauenbeilage“ wird beseitigt, und wenn dieser betreffende Teil der „Gleichheit“ einen besonderen Titel fähen soll, wird ein funkennäher dafür gewählt, etwa dertat, daß darin der hauswirtschaftliche Inhalt oder die Hausfrauentätigkeit betont wird.
46. Essen: Der Parteitag möge beschließen, alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen, insbesondere die Verhandlungen über die Arbeiterangelegenheiten, Handelsvertragspolitik, Meer- und Marineforderungen nach den stenographischen Berichten in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder der Partei abzugeben.
47. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg: Der Parteitag möge beschließen: gleich dem meisten Gewerkschaften den Arbeiter-Kontakalender für 50 Pf. zum Verkauf zu bringen; ferner in denselben keine Inserate mehr aufzunehmen.

Tätigkeit des Reichstages.

- 48. Heidenheim: Die Reichstagsfraktion soll im Reichstage einen Antrag einbringen, wonach die Mannschaften des Verurlaubtenstandes für den Tag der Kontrollversammlung, nachdem sie sich für den ganzen Tag als Soldat zu betrachten haben, Anspruch auf Löhnung, volle Verpflegung und etwaige Marschkompetenzen zu beanspruchen haben.
49. Hamburg II: Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag mißbilligt entschieden die schlechte Befugung der Fraktion anlässlich der Besprechung der Interpellation des „Corussa“-Anklägers im Reichstage, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner weist der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in vielen Fällen auch bei der Beratung des „Stats des Innern“ sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Stats für die Arbeiterschaft entschieden zum Nachteil ist.
50. Berlin III: Der Parteitag bedauert auf das lebhafteste die schwache Befugung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anlässlich der „Corussa“-Interpellation, durch die eine sofortige Be-

sprechung unmöglich wurde. Es wird erwartet, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion so vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt.

50. 3. Hamburger Wahlkreis (Distrikt Hamm): Die Genossen ersuchen den Parteitag, Stellung zu nehmen zu der Teilnahme von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion an der Weinprobe im Reichstage. Sie erachten es als nicht der Würde und den Aufgaben unserer Abgeordneten entsprechend, wenn diese sich zu Melkamezwecken mißbrauchen lassen.

51. Genosse Hoch-Hanau: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegen die freien Hilfskräften nicht zu geben.

Maifeier.

- 52. Bielefeld-Wiedenbrück: Der auf dem Parteitage in Jena zur Frage der Maifeier beschlossenen Resolution folgenden hinzuzufügen:
In Erwägung jedoch, daß im wirtschaftlichen Kampfe die gewerkschaftlichen Organisationen die Verantwortung nur allein zu tragen und dafür zu sorgen haben, daß sie stets kampfbereit dem Unternehmertum gegenüber stehen, und der Kampf um die Arbeitsruhe am 1. Mai wiederum nur durch starke gewerkschaftliche Organisationen mit dauerndem Erfolg geführt werden kann, es ferner in der Natur der Sache liegt, daß dieser Kampf leicht zu weiteren Komplikationen mit dem Unternehmertum führen kann, und endlich der Erfolg des Kampfes um die Arbeitsruhe am 1. Mai von der jeweiligen Konjunktur (eines oder mehrerer Verufe, eines Ortes oder ganzer Industriezentren) und der damit verbundenen Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, erachtet es der Parteitag als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen.
Ebensoviele wie durch die direkte Aktion ohne entsprechender Nachstellung des Klassenbewußtens Proletariats in der Organisation der Aufständigen erobert werden kann, ebensoviele ist es möglich, die Arbeitsruhe am 1. Mai durch planlose Einstellungen der Arbeit an diesem Tage diese selbst der Verwirklichung näher zu bringen. Wie es eine geschichtliche Tatsache ist, daß planlose Aufstände der Unterdrückten nur die Nachposition derselben schwächen und die der Unterdrückten stärken, ebenso kann die planlose, die vorhandenen Nachfaktoren nicht abwägende Einstellung der Arbeit am 1. Mai sehr leicht zur Erschütterung der eroberten Nachstellungen des organisierten Proletariats führen, zum Vorteil der Kapitalistenklasse. Nur durch tiefgreifende Organisation der Arbeiterklasse und eingehende Schulung derselben im Kampfe ist es möglich, allen politischen wie gewerkschaftlichen Forderungen, und damit auch der Arbeitsruhe am 1. Mai, Geltung zu verschaffen.
53. 17. sächsischer Reichstagswahlkreis: Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, um Mittel und Wege zu finden, der Maifeier mehr als bisher den Charakter zu verleihen, der ihrer würdig ist.
54. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg:
a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Maifeierbeschlüsse, damit Differenzen, wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Maifeier der Zukunft einheitlicher und machtvoller gestalten zu können.
b) Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der örtlichen Gewerkschaftskommission rechtzeitig in Verbindung zu treten.
c) Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai trotz eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.
55. Hanau: Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Generalkommission der Gewerkschaften rechtzeitig in Verbindung zu treten.
56. Nieder-Varnim: Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag bei Punkt 4 der Tagesordnung zum Ausdruck bringt, daß die deutsche Sozialdemokratie an der durch den internationalen Arbeiterkongress 1889 zu Paris beschlossenen Form der Maifeier festhält und energisch Propaganda für die Maifeier zu machen hat. Ferner soll jeder Parteigenosse verpflichtet sein, solchen Bestrebungen, wie sie in dem Antrage (51a) des Genossen Robert Schmidt auf dem Kölner Gewerkschaftskongress gekennzeichnet sind, auf das entschiedenste entgegenzutreten.
57. Stuttgart: Alle redigierten Parteigenossen haben sich zur Maifeier der Partei und den Gewerkschaften unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Massenstreik.

- 58. Zeltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg:
a) Der Parteitag erkennt an, daß eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht und daß es mehr denn je der Mittel bedarf, um den Klassenkampf zu führen. Eines der wichtigsten Mittel ist die Waffe des politischen Massenstreiks. Dieses Kampfmittel zu einem wirksamen zu gestalten, muß Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sein. Wir möchten darauf, daß eine große und gut disziplinierte Organisation erste Vorbedingung für das Gelingen des politischen Massenstreiks ist, wird es allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht, für Partei und Gewerkschaft unabhängig zu agitieren.
Der Parteitag wolle dahin wirken, die Meinungsdivergenz zwischen Partei und Gewerkschaften zu klären, um gemeinsam den Kampf gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung zu führen.
Das Proletariat betrachtet den politischen Massenstreik als eine Waffe, die die Arbeiterklasse ihrem Ziele, die Eroberung der politischen Macht, als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft näher bringen kann.
b) Der Parteivorstand möge die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages über die Fragen „Massenstreik“ und „Partei und Gewerkschaften“ als Agitationsbroschüre zum Massenvertrieb herausgeben.
59. Nieder-Varnim:
1. Angesichts der verunglückten Wahlrechtsaktion des letzten Winters fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, außergewöhnliche Aktionen, die über den Rahmen der gewöhnlichen Agitation hinausgehen, in Zukunft nur dann zu beginnen, wenn er sich vorher entschlossen hat, sie gegebenenfalls auch mit den stärksten Mitteln (Demonstrationen, Massenstreiks usw.) durchzuführen.
2. Der Parteitag nimmt Kenntnis von der Forderung der Generalkommission der Gewerkschaften, daß sie im Falle eines Massenstreiks der Bewegung nicht hindernd in den Weg treten und sich an der Unterdrückung der eventuell Gemahregelten nach Kräften beteiligen wird.
Er erwartet daraufhin, daß der Parteivorstand in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinführt.
b) Der Parteitag möge beschließen, in ganz Deutschland eine Agitationsbroschüre, welche den politischen Massenstreik behandelt und zum Beitritt in die politische Organisation auffordert, herauszugeben.









Der Zentralwahlverein für Potsdam-Spandau-Osthavelland

hielt seine Kreisgeneralversammlung am Sonntag im Schützenhause zu Rauhen ab. — Anwesend waren 28 Delegierte für 16 Orte; ferner der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Karl Liebknecht, sowie Vertreter der Agitationskommission und des 8. Wahlkreises Berlin usw. — Der Vorstandsbericht des Genossen Paris-Beiten, der zum erstenmal gedruckt vorliegt, konstatiert einen erfreulichen Fortschritt seit Gründung des Zentralwahlvereins. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 2784. Ebenso hat auch die Abonnentenzahl der Parteipresse zugenommen. Die „Brandenburger Zeitung“ hat zurzeit 1574, der „Vorwärts“ 1232 Abonnenten im Kreise. — Nach längerer Diskussion über die Notwendigkeit einer besseren Agitation für Spandau, die durch den „Vorwärts“ allein nicht genüge, wird von den Genossen Piefer- und Meibholz-Spandau die Herausgabe einer Extrabeilage zum „Vorwärts“ resp. mehr Raum in der Vortrubrik derselben empfohlen, während Genosse Liebknecht für seinen Antrag spricht, der sich speziell mit den Verhältnissen in den Spandauer Militärverhältnissen beschäftigt. — Staab-Potsdam begründet die Potsdamer Anträge, die sich ebenfalls für eine vermehrte Agitation, auch auf dem Lande, aussprechen, ferner das Verständnis des politischen Massenstreiks gefördert wissen wollen.

Angenommen wurden schließlich die folgenden Anträge:

- 1. Die Kreisgeneralversammlung möge eine Kommission zur Prüfung des Vorstandsberichtes betr. die sogenannten Kartenmitglieder ernennen. Ueber den Ausfall dieser Untersuchung hat die Kommission der Generalversammlung Bericht zu erstatten.
2. Sämtliche Untervereine des Kreiswahlvereins sind verpflichtet, in der ersten Hälfte des Septembers eine energische Agitation für die Presse zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wird ein populäres Flugblatt herausgegeben.
3. Die Jahresberichte des Vorstandes sowie der Kassenberichte des Zentralvorstandes sind in solcher Anzahl zu drucken, daß jedes Wahlvereinsmitglied ein Exemplar bekommen kann.
4. Um das Verständnis des politischen Massenstreiks zu fördern, erhält jedes Mitglied des Wahlvereins die Massenstreikroschüre („Webel“) unentgeltlich.
5. Zweck Vereinfachung und zur einheitlichen Gestaltung der Berichterstattung für die Parteipresse ist ein Formular auszuarbeiten.
6. Jedem Wahlverein ist ein Exemplar der neuen Parteikorrespondenz zuzustellen.
7. Es ist in eine energische Agitation unter den Arbeitern der Spandauer Militärverhältnisse einzutreten: durch häufige und regelmäßige Herausgabe von Flugblättern für diese Arbeiter, durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen für sie und durch gemeinschaftliche Einmischung.
Zur Leitung dieser Agitation ist ein ständiger Ausschuss von drei Spandauer Genossen zu bilden, deren Ernennung den Spandauer Genossen überlassen bleibt.
Dem Vorstande des Zentralwahlvereins ist die jederzeitige Teilnahme an den Sitzungen des Ausschusses gestattet; er ist möglichst von diesen Sitzungen zu unterrichten.

Ueber den Parteitag referierte Genosse Liebknecht. Er bedauerte das Fehlen des Punktes „Die russische Revolution“ auf der Tagesordnung. Wenn auch der Parteitag selbstverständlich seiner Sympathie für die russischen Freunde Ausdruck geben werde, so würden wir unserer Pflicht der internationalen Solidarität besser entsprechen, wenn die Resolution am Schlusse eines besonderen Tagesordnungspunktes zur Annahme käme. Er meine nicht, daß, auch wenn dies geschehe, die Zeit des Parteitages mehr in Anspruch genommen zu werden brauche, als schon stillschweigend dafür vorgesehen. Er nehme von diesem Antrag besonders deshalb Abstand, weil ein Punkt unbedingt auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, der Zentralpunkt, um den sich die ganzen Verhandlungen des diesjährigen Parteitages notwendig drehen würden und der doch nicht auf der Tagesordnung stehe, der aber, wenn er nicht besonders auf die Tagesordnung komme, zerfallen, und ohne Resultat unsystematisch erörtert werden und die ganzen übrigen Verhandlungen des Parteitages verwirren müsse: Partei und Gewerkschaft.

Ueber das Protokoll der Generalkommission sagte der Referent, daß nach der Indiskretion der „Einigkeit“ die öffentliche Richtstellung durch die Partei notwendig gewesen sei. Gewiß sei die Zuständigkeit der Gewerkschaftsinstanz nicht anzuzweifeln, aber eine Umkehrung sei auch nicht geschehen. Und so sehr der Schritt des Parteivorstandes bedauert werden möge, so werden wir ihm doch, wenn auch schweren Herzens, Entlastung erteilen. Denn es handele sich in diesem Falle für ihn um eine Ehrenfrage und um einen Akt der Notwehr. — Nach einem kurzen Hinweis auf die parlamentarischen Vorgänge kam der Referent auch auf die angebliche „Krise“ in der Partei zu sprechen, die sich nach Bremen entwickelt und jetzt durch die Auseinandersetzung über den Massenstreik ihren Höhepunkt erreicht habe. Das sei kein Vorwurf für den Parteivorstand. Gott sei Dank wären wir jetzt so weit, daß das Verhältnis zwischen den beiden Organisationsformen der Arbeiterschaft zu einer Klärung und Einigung kommen werde. In der Frage der Organisation und Schulung der Parteimassen sei noch viel zu tun; auch die Gewerkschaften müßten in dieser Beziehung ihre Pflicht mehr als bisher erfüllen. Die gesamte Arbeiterschaft müsse auf ihre kommenden Aufgaben besser vorbereitet werden; Rußland sei ein Renetel. Daß in der Arbeiterbewegung die politische Partei in erster Linie stehe, sei durch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben bedingt. Das schließe ein gemeinsames Arbeiten mit den Gewerkschaften nicht aus. Beide Teile brauchten sich. Es dürfe aber nicht wieder vorkommen, daß man in Köln schwarz und in Jena weiß sage. In Mannheim müsse festgestellt werden: Was ist für die Gewerkschaftsmitglieder maßgebend? Das sei eine Lebensfrage der Taktik. (Beifall.)

Zur Annahme gelangten schließlich die folgenden Anträge:

- 1. Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: „Partei und Gewerkschaft“.
2. Im Anschluß an die vom Jenaer Parteitag dem Parteivorstand überwiesene Resolution 143 beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand hat unverzüglich in Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu treten zur Herbeiführung einer dauernden Fühlung und Verbindung zwischen der politischen und der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere ist anzustreben:
a) Ergänzung des Parteivorstandes durch einige Mitglieder der Generalkommission und Hinzuziehung einiger Mitglieder des Parteivorstandes zur Generalkommission.
b) Bildung eines aus Vertretern beider Organisationen bestehenden Aktionsauschusses.
c) Regelmäßige gemeinschaftliche Sitzungen des Parteivorstandes und der Generalkommission.
d) Beiden Organisationen wird zur Pflicht gemacht, in Fragen, in denen sich ihre Zuständigkeit kreuzt, nicht selbstständig, sondern nur unter gegenseitiger Verständigung oder nach dem vergeblichen Versuch einer solchen Verständigung vorzugehen.
e) In solchen Fragen ist auch erforderlichenfalls die Abhaltung gemeinschaftlicher Partei- und Gewerkschaftskongresse — nach Art der internationalen Kongresse — zu erwägen.
3. Zu Punkt 4 der Tagesordnung ist als Korreferent Ddmeburg, zu Punkt 5 Regien zu bestellen.

4. Eine besondere militaristische Propaganda ist systematisch zu entfallen.

Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuss zu bilden. Ebenso gelangten noch die beiden folgenden Resolutionen zur Annahme:

1. Die Generalversammlung ist der Heberzeugung, daß keinerlei Anlaß vorliegt, in der Frage des Massenstreiks und der Masseler abzugehen von dem fast einmütigen Standpunkt des Jenaer Parteitages, daß vielmehr gerade die innerpolitischen und weltpolitischen Vorgänge seit jener Beschlussfassung die Richtigkeit dieses Standpunktes nachdrücklich bestätigt haben. Sie wendet sich entschieden gegen alle Versuche, den Gedanken des politischen Massenstreiks durch Zusammenwerfen dieses Streiks mit dem ganz anders garteten anarchistischen Generalstreik zu diskreditieren.

2. Die Generalversammlung stimmt der Resolution Zellin-Schulz zur Erziehungsfrage inhaltlich im wesentlichen bei. Insbesondere betont sie die Notwendigkeit von Jugendorganisationen. Das Referat über die Provinzialkonferenz hielt der Genosse Schmidt-Beiten. Der wichtigste der Beratungsgegenstände sei das Statut für die Provinz Brandenburg. Die Mehrzahl der Genossen in der Provinz sei zwar für den Brandenburger Entwurf, der eine einheitliche Organisation mit Einschluß von Groß-Berlin vorsehe. Doch sprächen Zweckmäßigkeitsgründe für das von Berlin vorgeschlagene Kartellverhältnis. Demnach sollen Groß-Berlin, Potsdam-Spandau-Osthavelland und Frankfurt-Lebus je einen Bezirk bilden. Die drei Bezirke bilden den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg.

In der Diskussion wendet sich Piefer-Spandau gegen den Berliner Entwurf. Danach hätten die Spandauer Genossen keinen Einfluß auf den „Vorwärts“, da die Prekominmission des Zentralorgans nur aus Berliner Genossen bestehe. Die Kritik der Frankfurter „Vollstimme“ gegen das neue Statut sei also zum Teil berechtigt.

Genosse Frethaler tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen. Der Parteivorstand werde sich mit allen Mitteln dagegen wehren, die jetzigen Aufsichtsinstanzen beim „Vorwärts“ zu ändern. Daß nicht alles reglementiert werde, das beweise ja die Berichterkonferenz. Eine Majorisierung der Provinz durch Groß-Berlin sei weder beabsichtigt noch zu befürchten. Aber die eigenartigen Verhältnisse Berlins als politischer Zentrale erforderten eine besondere Aktionsfähigkeit. Wie bisher, so werde Groß-Berlin auch ferner der Provinz gegenüber das möglichste tun. Wollte Groß-Berlin die Vertretung nach dem Proportionalverhältnis beanspruchen, so hätte es ja von vornherein die Majorität. Aber nicht die Mitgliederzahl, sondern die Kreiszahl solle entscheiden. Gegen die unerhörten Ausstellungen der Frankfurter „Vollstimme“ werde noch an anderer Stelle vorgegangen werden.

Auch Genosse Dobrosław wandte sich scharf gegen die erhobenen Vorwürfe und wies nach, daß die Agitationskommission stets ihre Schuldigkeit getan habe und mit den ländlichen Verhältnissen ebenso gut vertraut sei, wie die Genossen in der Provinz.

Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Als Delegierte zum Parteitag wurden bestimmt die Genossen Dr. A. Liebknecht, Schmidt-Beiten, Lehmann-Warwitz. Zur Provinzialkonferenz wurden gewählt die Genossen Piefer-Spandau, Heinrich-Beiten, Abel-Warwitz.

Der Vorstand sowie die Prekominmission wurden wiedergewählt. — Die nächste Kreisgeneralversammlung findet in Kehl statt.

Genosse Frethaler weist zum Referat des Genossen Liebknecht noch darauf hin, daß in dem „Vorwärts“-Konflikt die Schuld nicht am Parteivorstande gelegen habe. Die „Form“ hätte nicht der Parteivorstand, sondern hätten die sechs ehemaligen „Vorwärts“-Redakteure beruht. — Mit einem Hoch auf die Partei schließt die Versammlung.

Soziales.

Sozialpolitiker im Handelsgewerbe.

Ein günstiger Wind wehte uns das folgende Zirkular, das für sich selbst spricht, auf den Redaktionstisch:

Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V. Streng vertraulich! Berlin SW. 48, 24. Aug. 06.

An unsere Herren Verbandmitglieder! Die Ihnen bekannt, hat der Abgeordnete Bauermann im Reichstagen den Antrag gestellt, den § 63 d. H.-G.-G. als zwingend zu gestalten, d. h. vertragl. Vereinbarungen, daß in Krankheitsfällen das Gehalt nicht weiter gezahlt zu werden braucht, auszuliefern.

Das würde eine große Schädigung der Detailgeschäfte bedeuten, da bekanntlich Krankheitsimulationen, namentlich nach erfolgter Kündigung, häufig vorkommen.

Da von zahlreichen unserer Verbandmitglieder an uns die Forderung gestellt ist, daß wir uns der in Detailskreisen lebhaft umfänglichere Bewegung gegen den Antrag Bauermann anschließen, bitten wir Sie noch, uns baldmöglichst auf beifolgendem Fragebogen die bei Ihnen vorgekommenen Fälle von Krankheitsimulationen, in denen ein nach Ihrer Meinung oder Feststellung ungerechtfertigtes Fernbleiben vom Dienste stattgefunden hat, zu streng vertraulicher Verwendung gest. mitteilen zu wollen.

Mit toll. Hochachtung Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, e. V. gez. Oskar Riez, gez. Dr. Bernide, Vorsitzender, Generalsekretär.

Mit Bleistift auszufüllen! Streng vertraulich! An den Verband Deutscher Waren- u. Kaufhäuser, e. V. Berlin.

Nachstehend teilen wir Ihnen erg. die Zahl der Fälle von gemeldeten Erkrankungen innerhalb der letzten . . . Jahre mit, in denen u. E. ein Fernbleiben vom Dienste nicht gerechtfertigt war.

Table with 4 columns: 1. Festgestellte Simulationen, 2. Vermutete Simulationen, 3. Fernbleiben wegen geringfügiger Krankheiten, 4. von 1-3. Nach erfolgter Kündigung. Includes sub-headers Ort, Datum, Stempel, Unterschrift.

Zunächst wird in der leichtfertigen Weise der Vorwurf der Simulation ganz allgemein erhoben, und um für die unerbörte Verschuldigung Beweise zu erlangen, sollen die interessierten Leute vertraulich, das heißt anonym die Vorwürfe bestätigen. Ihre Meinung, die natürlich ein wenig zuverlässiger, vielmehr ein stark subjektiver Berater ist, soll gemühen für die Generalisierung der Verschuldigung, wodurch eine große Gruppe Angestellter in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wird und schwer geschädigt werden kann. Wer nach solcher Methode zu arbeiten sich genötigt sieht, verdient die Vorwürfe, die er gegen andere erhebt.

Folgen der Profitlust.

In wahnhaftem Tempo wird im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die Produktion betrieben. Diese Parforcejagd nach Kohlen mag die Arbeiterschaft mit Gesundheit und Leben bezahlen. Auch im Braunkohlenbergbau ist die Unfallziffer im Steigen begriffen. Zwei Katastrophen, die die Situation grell beleuchten, sind aus der letzten Zeit zu verzeichnen. Auf der zur Grube „Victoria“ bei Hötensleben gehörigen Brückenschiff-Fabrik ereignete sich am 7. August eine Kohlenstaub-explosion. Zehn Mann wurden lebensgefährlich verbrannt. Mehrere Verletzte sind gestorben. Nach den Aussagen der Arbeiter wäre die Explosion vermieden worden, hätte man ernsthaft die Beseitigung eines kleinen Brandes betrieben. Man war aber nur auf die Produktion bedacht, man ließ das Feuer stundenlang glimmen, bis die Explosion eintrat. Für Beseitigung von großen Massen lagernden trockenen Kohlenstaubes war keine Zeit gewesen.

In der Nacht vom 24. zum 25. voriger Woche brannte, ebenfalls durch Kohlenstaubexplosion, auf der Grube 522 bei Theßen der Förderturn. Auf dem Förderturn bestand die Schachtkammer aus, wodurch die Schachtkammer zusammenbrach. Von den dort beschäftigten Arbeitern verbrannten zwei bis auf wenige Knochenreste vollständig, während zwei andere sich mit knapper Not durch den Sprung von einer Brücke retten konnten. Die Untertagearbeiter konnten sich sämtlich durch den Luftschacht in Sicherheit bringen. — Eine Kohlenstaubexplosion mächte auf Braunkohlenwerken, die nicht mit Trockenanlagen zur Brückenschiff-fabrikation versehen sind, zu den Unmöglichkeit gehören. Ueberall wo derartige Katastrophen eintreten, kann man sicher sein, daß etwas nicht in Ordnung war.

So war auch der Schacht von Grube 522, welcher den Riebeck-schen Montanwerken gehörte, nicht ausgemauert worden, mit Holz abgeteilt. Der Förderturn bestand in der untersten Etage aus leichtem Fachwerk, während er oben durchweg mit Holz ausgefüllt war. Eingedeckt war er mit leichter Dachpappe. Die Zugangstüren, Treppen und Leitern bestanden bis obenhin ebenfalls aus Holz. Trotzdem die ganze Anlage erst wenige Jahre besteht, hatte man sich die Ertragsmischalten der Technik und die trübten Erfahrungen mit anderen Holzbauten nicht zunutze gemacht, sondern einfach leicht, luftig und — feuergefährlich gebaut; diese Bauweise ist am billigsten. Auf den Holzverkleidungen des Schachtes lagerte jahrelanger Schmutz und Staub. Ein Verfehlen und Sprengen kamte man im Braunkohlenbergbau kaum den Ramen nach. Der Staub soll schon Tage vorher gesklummt haben. Sicher ist, daß man in der Unklugheit schon gegen 8 Uhr den Brand im Schacht mit ein paar Eimern Wasser zu löschen versuchte. Die Förderung durfte aber nicht stillstehen, weil die Kohle notwendig gebraucht wurde. (!) So ging der Betrieb eben weiter. Jedes Auf- und Abgehen des Förderkorbes kostete durch den Zug den Brand aufs neue an, bis dann endlich sich gegen 1/2 12 Uhr die angesammelten Brandgase entzündeten, ein hochgehender Sturz die hellen Flammen mit nach oben brachte und im Ru den Förderturn in Brand setzte. Wahrscheinlich haben hier lagernde Staubmassen das rasende Wüten des Elements begünstigt, denn in kaum fünf Minuten hat die ganze Anlage von unten bis oben hellerleuchtend gebrannt. Die oben auf dem Turme mit dem Abziehen und Aufschieben der Wagen beschäftigten zwei Leute konnten sich nicht mehr retten. Am nächsten Morgen fand man von einem der Verunglückten einige Knochen, der andere Unklugheit ist jedenfalls in das Innere gestürzt und vollständig ver-brannt. Gebeffert werden die Verhältnisse im Bergbau dann erst werden, wenn Kontrolleure aus Arbeiterkreisen ange stellt sind.

Arbeiterklub.

In der Wäschefabrik der Gebrüder Vorchardt in der Neuen Königstraße zu Berlin waren jugendlichen Arbeiterinnen unter 16 Jahren entgegen den Bestimmungen des § 136 der Gewerbeordnung nicht kaufen von je einer halben Stunde, sondern solche von nur einer Viertelstunde gewährt worden. Wegen Uebertretung des genannten Paragraphen wurde die Direktrice M. und daneben auch einer der Brüder Vorchardt, dem die Oberleitung des 600 Personen umfassenden Betriebes obliegt, zu einer Geldstrafe verurteilt. Zur Anwendung kamen dabei folgende Vorschriften des § 151 der Gewerbeordnung: „Sind bei Ausübung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen übertreten worden, welche der Gewerbe-treibende zur Leitung des Betriebes oder eines Teils desselben oder zur Beaufsichtigung bestellt hatte, so trifft die Strafe diese letzteren. Der Gewerbetreibende ist neben denselben strafbar, wenn die Uebertretung mit seinem Vorwissen begangen ist, oder wenn er bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes, oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen.“ Das Landgericht führte in der Begehung aus: Nicht widerlegt sei zwar die Angabe des Angeklagten Vorchardt, daß er nicht ge-wußt habe, die jungen Mädchen erhielten Pausen von weniger als einer halben Stunde. Auch könne ihm nicht vorgeworfen werden, daß er es bei der Auswahl der Direktrice an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. Inbezug wäre es dem Ange-klagten möglich gewesen, vom dem Kontor, wo er tätig ist, in den Saal zu gehen und hin und wieder sich davon zu überzeugen, ob den jugendlichen Arbeiterinnen die halbe Stunde Pause gewährt werde. Er habe ja häufiger revidiert, aber nie m a I 8 die Direktrice gefragt, ob sie die gesetzlichen Ruhepausen innehalte. Hingzu komme, daß die Uebertretung des Gesetzes nicht bloß dann und wann, sondern mehrere Monate hintereinander erfolgte. Somit sei an-zunehmen, daß Vorchardt „bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung des Betriebes“ es an der erforderlichen Sorgfalt habe fehlen lassen. Deshalb sei er neben der Direktrice strafbar.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen von Vorchardt ein-geleichte Revision, weil das Landgericht mit Recht unter den fest-gestellten Umständen den § 151 der Gewerbeordnung angewendet habe.

Statistik der Kaufmannsgerichte. Kaufmannsgerichte waren bis zum Schlusse des Jahres 1905 insgesamt 227 errichtet. Davon befinden sich in Preußen 144, in Bayern 23, in Sachsen 15, in Württemberg 8, Baden 6, Hessen 5, Mecklenburg-Schwerin 4, Anhalt je 3, Sächsisch-Weimar und Eichsfeld-Thuringen je 4, Olden-burg, Sachsen-Noburg und Bremen je 2, in Braunschweig, Sachsen-Altenburg, beiden Reich, Lübeck und Hamburg je 1. In Mecklen-burg-Strelitz, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe be-stand 1905 kein Kaufmannsgericht. Von allen Kaufmannsgerichten sind 187 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert. Von den Kaufmannsgerichten sind für einzelne Gemeinden 212 zu-ständig, für mehrere Gemeinden 10, für mehrere Kommunalver-bände oder Teile von solchen 5. 204 Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern haben eigene Kaufmannsgerichte errichtet.

Die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Württemberg.

Das Ergebnis der am 1. Oktober 1905 von der württem-bergschen Regierung an die Betriebsunternehmer gerichteten Um-frage über die Arbeitszeit der bei ihnen beschäftigten über 16 Jahre alten Arbeiterschaft wird amtlich bekannt gegeben. Danach arbeiten

Table with 3 columns: 10 Stunden und weniger, Arbeiter: 55 700 = 40,9 Proz., Arbeiterinnen: 14 629 = 32,9. Heber 10 Stunden: 55 971 = 50,1 Proz., 29 803 = 67,1.

Weniger als 9 Stunden arbeiten aber von den Arbeitern nur 4,8 Proz. und von den Arbeiterinnen 2,1 Proz.

Mehr als 12 Stunden mußten 0,97 Proz. der Arbeiter und keine der Arbeiterinnen tätig sein.

Nach alledem wird, nach Abzug der Frühstücks- und Vesperpausen, die durchschnittliche Arbeitszeit der Arbeiter auf 9 Stunden 38 Minuten, die der Arbeiterinnen auf 9 Stunden 27 Minuten berechnet.

Die längste Arbeitszeit besteht für männliche Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie mit 11 Stunden 19 Minuten, für Arbeiterinnen in den Ziegeleien mit 11 Stunden 5 Minuten.

Die kürzeste Arbeitszeit bietet beiden Geschlechtern das polygraphische Gewerbe, in welchem die Arbeiter 9 Stunden 24 Minuten, die Arbeiterinnen 9 Stunden 17 Minuten tätig sind.

Erklärlicherweise ist die Arbeitszeit in den größeren Städten eine kürzere als in den kleinen Städten und Landorten. Während in Stuttgart die durchschnittliche Arbeitszeit eines Arbeiters 9 Stunden 57 Minuten und einer Arbeiterin 9 Stunden 47 Minuten ist, beträgt sie in Gemeinden von 5000 bis 100 000 Einwohnern für Arbeiter 10 Stunden 35 Minuten, für Arbeiterinnen 10 Stunden 20 Minuten. In den Gemeinden unter 5000 Einwohnern ist die Durchschnittsarbeitszeit für Arbeiter gar 11 Stunden 6 Minuten, für Arbeiterinnen 10 Stunden 55 Minuten. Ein Beweis für den in der Großstadt viel nachdrücklicher und erfolgreicher zur Geltung kommenden Einfluß der Arbeiterorganisationen!

Bezüglich der Mittagspause brachten die Erhebungen das Ergebnis, daß dieselbe 1-1/2 Stunden für 96,4 Proz. der Arbeiter und für 99,1 Proz. der Arbeiterinnen beträgt. Eine Mittagspause von 1-1/2-2 Stunden genießen nur 2,7 Proz. Arbeiter und 0,8 Proz. Arbeiterinnen.

Die Erhebungen sind sehr interessant und werden in ihren auf die einzelnen Orte und Gewerbe bezüglichen Resultaten wohl für die Gewerkschaften wertvolles Agitationsmaterial bieten.

## Aus Industrie und Handel.

### Organisierter Fleischnieder.

Die hohen Fleischpreise zu einer dauernden Einrichtung zu machen, bemühen sich ebenso gut die Agrarier wie die Großhändler. Wie die „Deutsche Fleischzeitung“ mitteilt, haben sich die Schweinezüchter Rheinbessens zu einem Ring zusammengeschlossen. Jedes Mitglied der neuentstandenen Vereinigung verpflichtet sich, Schweine nicht unter 56 Pf. Lebendgewicht oder 80 Pf. Schlachtgewicht abzugeben. Für jeden Fall der Uebertretung dieser Bestimmung tritt eine konventionale Strafe von 1000 M. in Kraft. — Wie uns versichert wurde, haben auch die hiesigen Kommissionäre einen Ring gebildet zum Zweck der Hochhaltung der Viehpreise. Die Mitglieder verpflichteten sich bei Festsetzung einer eventuell zu zahlenden Konventionalsstrafe, nicht unter bestimmte Preise hinabzugeben. Unter diesen Umständen, die eine systematische, dauernde Blinderung der Konsumenten bedeuten, wäre es eine Aufgabe der Stadverwaltung, die Fleischversorgung zu organisieren, den unverschämten Blänen sowohl der Agrarier wie auch der Händler entgegen zu arbeiten.

Cyper des Glucks. Die Aktionäre der Aktiengesellschaft „Charlottenhütte“ in Niedersellden, die in letzten Jahren keine Dividende erhielten, dürfen ganz unvermutet diesmal 10 Proz. einstreichen. — Mit 15 Proz. Dividendenlohn müssen sich die Comphonabschneider der Bleistiftfabrik Haber & Co. begnügen. — Die Gernrode-Harzgeroder Eisenhüttenwerke erzielte eine um 27 Proz. erhöhte Einnahme. 4 1/2 Proz. Dividende werden ausgeschüttet. — Die Wandererfahrwerke sollen wiederum 17 Proz. ergeben. — Die Spinnerei und Weberei Koltern kann 10 Proz. Dividende abstoßen. — 7 Proz. erhalten die Aktionäre der Fabrik für Eisenkonstruktion H. G. Jülich. — Die Terraingesellschaft am Großschifffahrtsweg Berlin erzielte im ersten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 111 705 M. — Die Dividende der Kaiserer Zuteilspinnerei wird auf 12 Proz. geschätzt. — Wiederum 12 1/2 Prozent Dividende steigen den Aktionären der Transport & Co. (vorm. J. Hebeke) Hamburg zu. — Bei einer Erhöhung des Aktienkapitals von 28 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark heimischen die Papierfabrikanten der Rheinischen Stahlwerke eine um 3 Proz., auf 12 Proz. erhöhte Dividende ein. Dabei werden 2 335 000 M. zur Abschreibungen verwendet gegen 1 939 000 M. im Vorjahre. — Dabei ist man freigestellt bemüht, das Glück noch weiter zu forcieren — durch Preis- und Ausschläge. Die ober-schlesischen Grobblechhändler setzten die Preise ab August um 10 M. hinauf. Die Zementfabriken in Oberschlesien nahmen eine Erhöhung um 25 Pf. pro Faß vor. — Die Vereinigung der Baudeisenwerke erhöhte die Preise um 7,50 M. pro Tonne.

### Deutschlands Außenhandel in den Monaten März bis Juli 1906.

Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Jahrbuche der Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel betrug:

1. Die Einfuhr im Juli in Tonnen 4 614 504, ferner 990 177 Stkld., 133 884 Faß, 306 Stck (Wien), in den fünf Monaten März bis Juli 21 171 082 Tonnen, 3 270 822 Stkld., 323 770 Faß, 5402 Stck.

2. Die Ausfuhr im Juli 3 558 092 Tonnen, 305 863 Stkld., 195 Faß, 186 Stck, 61 059 Faskofliter und 109 282 Flaschen, in den fünf Monaten März bis Juli 16 698 793 Tonnen, 2 450 347 Stkld., 1019 Faß, 822 Stck, 241 772 Faskofliter und 576 706 Flaschen. Ein- und Ausfuhr haben gegen den Juni zugenommen, jene mehr als diese.

Im Juli cr. wurden importiert an Rohreisen 877 000 Doppelzentner (vom März bis Juli 1 422 000 Doppelzentner) und an Weißblech 84 000 Doppelzentner (134 000 Doppelzentner). Exportiert wurden u. a. 338 000 (1 770 000) Doppelzentner Rohreisen, 294 000 (1 492 000) Rohlappen, Rohschienen usw., 309 000 (1 678 000) samiedbares Eisen in Stücken; Träger, 154 000 (703 000) fassontiertes Stahlaben, 151 000 (719 000) Grobbleche, 895 000 (1 288 000) Eisenbahnstienen und 138 000 (611 000) eiserne Eisenbahnstienen. An Feingold wurden eingeführt im Juli 13,4 Doppelzentner (seit 1. März 317,29 Doppelzentner), an deutschen Goldmünzen 1,53 Doppelzentner (88,35), an Goldscheine und Goldgeld 230,83 Doppelzentner (1054,35), und an Barren aus Feingold 61,63 Doppelzentner (109,1). Aus Ausland kamen im Juli cr. 8,12 Doppelzentner und seit dem 1. März 206,59 Doppelzentner Feingold. Exportiert wurden im Juli 0,27 Doppelzentner (20,22) Feingold, 5,33 Doppelzentner (45,65) deutsche Goldmünzen, 22,24 Doppelzentner (64,02) fremde Goldmünzen und 48,57 Doppelzentner (84,77) Goldscheine und Goldgeld.

Den Handelsergebnissen für Juli und März bis Juli sind diesmal außer den gewöhnlichen Uebersichten auch die Werte für das erste Halbjahr 1906 angesetzt. Die Werte für die Zeit vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifs wurden von dem handelsstatistischen Beirat während seiner letzten Beratung endgültig ermittelt, ebenso ein großer Teil der Werte für die Zeit nach dem 1. März 1906. Die Werte für die seitdem ein- und ausgeführten Waren sind als vorläufig anzusehen. Sie werden bei den nächsten Beratungen des handelsstatistischen Beirates einer eingehenden Prüfung unterzogen werden und dürften dabei mehrfache Änderungen erfahren.

Die Werte betragen in Millionen Mark:

1. für Januar und Februar Einfuhr . . 1845,5, Ausfuhr 1197,5  
2. für März bis Juni . . . . . 2433,7, . . . . . 1715,8  
zusammen Einfuhr . . . . . 4279,2, Ausfuhr 2913,3

für das 1. Halbjahr oder gegen das Vorjahr mehr  
in der Einfuhr 906, in der Ausfuhr 209,4,  
gegen 1904 mehr in der Einfuhr 1056,2, in der Ausfuhr 880,1  
Millionen Mark.

Ein wirtschaftlicher Todesfall. Nach einer kürzlich erfolgten Feststellung verfügte der Konzern der Real Estate Trust Company in Philadelphia über 7 000 000 Dollar Depositionen. Die Gesellschaft stellte die Zahlungen ein. In Betracht kommen bei dem Zusammenbruch 7 Millionen Dollar. Die Depositengläubiger der Gesellschaft sind die First National Bank, die Market Street National Bank und die Franklin National Bank. Die leitenden Beamten dieser Banken geben bekannt, daß diese bis gestern 500 000 Dollar zum Verfuge, die Bank zu retten, beigezweigt haben. Sie erklären, ihre Banken würden nicht in den Zusammenbruch hineingezogen werden. Ein Konkursverwalter ist bereits ernannt worden.

Verlängerung des Stahlverbandes. Wie dem „A. L.“ versichert wird, ist der Verlängerung des Stahlverbandes auf zehn Jahre von den meisten Beteiligten im Prinzip bereits zugestimmt worden. Nicht ganz glaubwürdig klingt die weitere Mitteilung, der neue Vertrag werde in der Hauptsache dem bisherigen nachgebildet. Gerade wegen der „unwesentlichen“ Punkte, Vetterlegung und Verhofhandlungen, dürfte es doch noch manche Hindernisse zu überwinden geben.

Konzentration in der Erdölindustrie. Die angeführte Gründung, die die wichtigsten in Biele bestehende Betriebe zu einem Unternehmen zusammenschließen will, ist bereits vollzogen. Unter dem Namen: Deutsche Mineralölindustrie A. G. in Köln, hat sich eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 16 Millionen Mark gebildet.

## Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen des Kreises Niederbarnim hielten am Dienstagabend ihre Kreisversammlung im „Palast“ in Weiskensee ab. Genosse Bloch sprach über die bevorstehende Frauenkonferenz und den Parteitag in Mannheim. Er wies darauf hin, daß es einer der wichtigsten Zwecke der Parteitage sei, daß sich die Partei über sich selbst klar werde, daß sie erfahre, was die Majorität in der Partei will. Dann werden die Parteitage neue Kraftquellen sein und aufs beste dem agitatorischen Zweck dienen können. Für die Frauenbewegung war das verfloffene Jahr ein recht günstiges, es zeigte sich ein kräftiger Aufschwung, die Zeit des schwierigen Ringens um eine Mitwirkung der Frauen an der sozialdemokratischen Bewegung ist vorbei. Zeugnis davon legt die erhöhte Zahl der Abonnenten für die „Gleichheit“ ab, die über 15 000 in dem verfloffenen Jahre betrug, und die „Gleichheit“ ist ein vorzügliches Organ für die deutsche Frauenbewegung. Der Redner geht die einzelnen Punkte der Tagesordnung für die Frauenkonferenz durch. In der Frage des Frauenstimmrechts, worüber Genossin Zellin sprechen wird, gilt es, das Terrain abzugrenzen gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung. Diese macht der Sozialdemokratie mit Unrecht oft den Vorwurf, daß sie manche Gelegenheiten versäume, für das Frauenstimmrecht einzutreten. In der Wahlrechtsbewegung ist diese Frage leider nicht sonderlich in den Vordergrund getreten; die Frauen waren nicht genügend vorbereitet, sie entfalteten keine eigene Agitation; trotzdem wußten sich die proletarischen Frauen eins mit der Arbeiterbewegung, die agitatorisch wirken wollte, und da gibt es nach jeder Richtung bei Männern und Frauen noch viel zu tun. Ueber die Agitation unter den Landarbeiterinnen wird die Genossin Fick Bericht erstatten, die darin praktisch wohl erfahren und geeignet ist, ein gutes Urteil zu fällen. Man weiß, welchen Schwierigkeiten die Aufklärungsarbeit auf dem Lande begegnet und man darf sagen, daß es weit schwerer ist, bei den Arbeiterinnen Eingang zu finden als bei den Arbeitern. Ähnlich liegt es in den Städten mit der Dienstbotenbewegung, worüber Genossin Grünberg sprechen wird. In Berlin ist die Agitation unter den Dienstboten bis in die neueste Zeit von wenig Erfolg gewesen, während man von anderen Städten, wie z. B. aus Nürnberg, mehr darüber hörte. Aber es regt sich jetzt auch in Berlin. Die Gesindeordnung ist längst reif zur Abschaffung, aber gerade in dieser Frage haben die bürgerlichen Parteien gemeinsam Widerstand geleistet. Ueber die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen wird Genossin Dunder sprechen. Was in dieser Fürsorge durch die Krankenversicherung geleistet wird, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, und doch ist es so sehr wichtig, daß darin mehr geschieht, denn die kommende Generation ist davon abhängig. Die Kauterkschaftsversicherung wird bei diesem Punkte auch wohl zur Sprache kommen. — Seit einiger Zeit ist der Ruf nach besserer Bildung unter den Genossinnen und Genossen immer lauter geworden. Seit dem Attentat auf die Volkshalle drängt sich immer mehr die Frage auf: „Was ist zu tun, um dafür zu sorgen, daß unsere Kinder zu Kämpfern in der proletarischen Bewegung erzogen werden?“ Darum wird auf dem Parteitage das Thema Sozialdemokratie und Volks-erziehung besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Leitsätze dazu sind längst im „Vorwärts“ veröffentlicht worden. Redner berührt kurz die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages und verweist nur bei dem Thema „Politischer Massenstreik“ etwas länger; er erklärt, daß ein solcher Streik als Angriffswaffe erst an dem Tage in Betracht komme, wenn der Entschlußklampf um die politische Macht vor der Tür steht. Was die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft anderrifft, so werden sie nie so groß werden, wie die Gegner es wünschen. Genosse Bloch schließt mit dem Wunsch, daß der Parteitag und die Frauenkonferenz von befruchtendem Nutzen für die proletarische Bewegung sein mögen.

In der Diskussion nimmt Genosse Jeberowitsch das Wort und hofft, daß immer mehr Frauen sich finden mögen, die mitarbeiten an den großen Aufgaben der Partei und mit diesen, manchen mittelalterlichen Schutt, wie z. B. die Gesindeordnung, hinwegzuräumen. Zwei Anträge liegen vor. Der erste verlangt, daß die Bekanntmachungen der Versammlungen in der Rubrik „Frauenbewegung“ im „Vorwärts“ wieder an erster Stelle, wie früher, eingesetzt werden und die Berichte nach denselben folgen sollen. Genossin Teuber spricht zu diesem Antrage und gibt ihrer Angustiedrängtheit über die Rubrik „Frauenbewegung“ Ausdruck. Die Frauen fühlen sich vernachlässigt und verlangen Abhilfe. Der Antrag wurde angenommen.

Der zweite Antrag lautet dahin, die bisher erschienenen Kinderbeilagen der „Gleichheit“ zu einem Buche zusammenzufassen, welches dann als passendes Geschenk für den Weihnachtstisch herausgegeben werden sollte.

Zu diesem Antrage sprach Genossin Neumann, indem sie der Kinderbeilage große Anerkennung zollte und erklärte, daß der Wunsch vieler Frauen in diesem Vorschlage ausgedrückt sei. Der Antrag wurde angenommen.

Als Delegiertin nach Mannheim wurde Genossin Neumann und als Delegierten zur Brandenburger Konferenz Genossin Teuber gewählt.

## Gerichts-Zeitung.

### Gegen „Die Schönheit“.

Gegen die Kunstzeitschrift „Die Schönheit“ wird am 1. September vor dem Landgericht I ein Strafprozess verhandelt werden, der von prinzipieller Bedeutung ist, da es sich wieder um die Darstellung des Nackten handelt. Die Veranlassung der Zeitschrift ist wieder von dem berühmten Kölner Sittlichkeitsverein ausgegangen. Es soll die Frage entschieden werden, ob künstlerische Photographien nackter Körper als vertretend für das Schamgefühl anzusehen sind. Unter einigen Aufsätzen sind die Bilder „Anschaul“, „Träumerei“, „Ausblick“, „Spiegelbild“, „Im Rai“, „Die Waldfrau“ und „Auf der Höhe“ unter Anklage gestellt. Als Sachverständige über den wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Wert der inkriminierten Druckzeugnisse sind geladen: Geh. Medizinalrat Professor Dr. Eulenburg, der prakt. Arzt Dr. Magnus Girsfeld, der bekannte Wildhauer Dr. R. W. u. s. f. sowie der Präsident der im Abgeordnetenhaus tagenden photographischen Ausstellung Martin Kiehling. Die Verteidigung des Herausgebers der „Schönheit“, Schriftsteller Karl

Banfelow, sowie der mitangeklagten Schriftsteller Wilhelm Brönnner und Alexander Koch liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Werthauer und v. Palmowski.

## Verfammlungen.

Das Thema: Partei und Gewerkschaft wurde in der am Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Bahvereins für den vierten Kreis erörtert. Der Referent Ströbel betrat den Standpunkt, die strikte Neutralität der Gewerkschaften müsse für die klassenbewußte Arbeiterbewegung gefährlich werden. Gegenwärtig sei man auch von dem Gedanken der völligen Neutralität mehr und mehr zurückgekommen, nachdem man gesehen habe, daß durch die Neutralität nicht die beabsichtigte Wirkung: Auffassung der Hiesig-Bundersherren und Christlichen durch die freien Gewerkschaften erzielt wurde. Das Schwenden des Neutralitätsgedankens in den Gewerkschaften sei ein erfreuliches Zeichen; denn im Interesse des Fortschritts der klassenbewußten Arbeiterbewegung müßten Partei und Gewerkschaft zwar nebeneinander bestehen, aber doch Hand in Hand gehen. Es müßten Mittel und Wege gesucht werden, die ein Zusammenarbeiten der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ermöglichen. — Dem Vortrage folgte eine lange und rege Diskussion, die ebenso wie die Ausführungen des Referenten einen vorwiegend theoretischen Charakter trug und nur nebenbei auf konkrete Vorgänge im Partei- und Gewerkschaftsleben Bezug nahm. In dem Grundgedanken, daß Partei und Gewerkschaft, jede auf ihrem besonderen Gebiet dem gemeinsamen Ziele des Sozialismus zustreben müssen, und daß die strikte Neutralität der Gewerkschaften der Arbeiterbewegung schädlich sei, stimmten alle Redner mit dem Referenten überein, wenn sie auch im einzelnen, je nachdem sie mehr an der Partei- oder der Gewerkschaftsarbeit beteiligt sind, etwas abweichende Meinungen vertreteten. Unter anderem kam auch das vom Genossen Bringmann auf der Gewerkschaftskonferenz ausgesprochene Verlangen nach der Schaffung einer Gewerkschaftstheorie zur Sprache. Ströbel hatte diese Angelegenheit in seinem Referat gestreift, indem er sagte, was Bringmann unter einer Gewerkschaftstheorie verstehe, das werde erst jetzt klar und zwar durch einen von Bringmann verfaßten Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“. Bringmann vertrete da den Standpunkt der weitgehendsten Neutralität, er erkläre, er sei Sozialdemokrat und wolle die Partei fördern, aber die Gewerkschaften hätten keinerlei politische Aufgaben zu erfüllen, selbst die Raifeier als Demonstration für den Achtstundentag und für politische Forderungen gehöre nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften, ebensowenig der politische Massenstreik. — Poehsch kam in der Diskussion auf diese Angelegenheit zu sprechen und meinte, so wie Ströbel habe er den Bringmannschen Artikel, den er allerdings erst flüchtig gelesen habe, nicht verstanden. Als Teilnehmer an der Gewerkschaftskonferenz könne er sagen, daß Bringmann unter der Gewerkschaftstheorie nichts anderes verstanden habe, als eine programmatische Zusammenfassung der Aufgaben, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. — Schenker, der das Verhalten der „Einigkeit“ und der Sozialisten zur Protokollveröffentlichung verteidigte, meinte, der „Vorwärts“ hätte den Vorwurf, die „Einigkeit“ habe mit ihrer ersten Veröffentlichung aus dem Gewerkschaftsprotokoll eine Infamie begangen, zurücknehmen müssen, nachdem sie herausgestellt habe, daß jene Veröffentlichung auf Wahrheit beruhe. — Hierzu sagte Ströbel in seinem Schlusswort: Ob die erste Veröffentlichung der „Einigkeit“ als Infamie bezeichnet werden könne oder nicht, darüber lasse sich reden. Dagegen sei die ganze Art, wie die „Einigkeit“ das Protokoll ausgeschlachtet habe, zum mindesten nicht als fair zu bezeichnen. Einen stärkeren Ausdruck wolle er vermeiden; er gebrauche deshalb das Fremdwort. Wenn die „Einigkeit“ mit ihrer ersten Veröffentlichung keine Infamie begangen habe, so habe sie das nachher in reichlichem Maße getan. — In seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner nochmals die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens von Partei und Gewerkschaft. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Ströbel, daß Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zusammen gehen müssen, einverstanden und erwartet, daß mehr wie bisher die revolutionären sozialistischen Ideen innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen propagiert werden. Ihrer Ansicht über die politischen Ausschreitungen in Nürnberg gab die Versammlung durch Annahme einer scharfen Protestresolution Ausdruck.

Zu Beginn der Versammlung hatte Jansen kurz über die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg referiert. Dann wurde die Delegiertenwahl mittels Stimmzettel vorgenommen und das Resultat am Schluß der Versammlung bekannt gegeben. Gewählt sind Jaek, Wasemij und Enders.

Die Bremer des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter nahmen in ihrer Versammlung Kenntnis von dem Ableben der Mitglieder Bachne, Reinhold und Eiserte, deren Andenken durch Erbeben von den Plänen geehrt wurde. Hierauf erstattete Tröger ausführlichen Bericht vom letzten Verbandstag, dessen Beschlüsse jedoch die Versammlung nicht voll und ganz befriedigten. Die allbekannte Abrechnung vom zweiten Quartal ergibt eine Einnahme von 8697,50 M., eine Ausgabe von 1927,24 M., so daß an die Hauptkasse 1770,26 M. abgeführt werden konnten. Die Lokal-kasse verzeichnet eine Einnahme von 1575,60 M., eine Ausgabe von 886,21 M., so daß zugleich das Bestandes vom ersten Quartal ein Lokalassendenvermögen von 7391,75 M. besteht. Die Mitgliederzahl beträgt 308. Sodann wurden zu Verbands-Ausschussmitgliedern Hodypp, Tröger und Hecker gewählt. Hinsichtlich des ringförmigen Arbeitsnachweises ermahnt der Vorsitzende die arbeitslosen Kollegen zur pünktlichen satzungsgemäßen Meldung, um nicht die unangenehmen Folgen der Streichung nach sich zu ziehen. Ferner wurde im weiteren Verlaufe zum Anschlusse an die politische Partei und zum Abonnement der Arbeiterpresse angeregt. Den nach Sibirien verbannten Genossen Parvus und Deutsch bringt die Versammlung ihre volle Sympathie zum Ausdruck. Im „Vorwärts“ gab das Benehmen des Brauereiführers Hoffmann an der Deutschen Bierbrauerei (Wicheldorf) Veranlassung zu lebhaften Klagen. Dieser Herr sucht die dortigen organisierten Arbeitnehmer auf alle mögliche Art zu schikanieren, welche Handlungsweise die Kollegen bereits zu einer Arbeitsverweigerung veranlaßte. Erst nachdem die Betriebsleitung ins Mittel legte und den Herrn in seine Schranken verwies, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Schließlich wird noch bekannt gegeben, daß mit der Brauereien Königs-Busterhausen und Groß-Lichterfelde Tarifausschlüsse zu stande kamen; in letzterer Brauerei bis zu 25 Proz. Lohnerhöhung.

Genosse Raurenbrecher erucht und um Aufnahme folgender Verichtigung zu dem Bericht über Niederbarnim:

„Ich habe nicht gesagt: „Zunahme an Mitgliedern und „Vorwärts“-Lesern“ sei doch kein politischer Erfolg“; sondern:

„. . . sei doch allein noch kein politischer Erfolg und sei vielmehr der Zentralisierung der Organisationen als den Versammlungen vom 21. Januar zuzuschreiben.“

Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-

geschäften, Berlin. Donnerstag, den 30. d. Mts., abends 10 Uhr: Generalsammlung im Lokale Schillingstr. 38. Pünktliches und zahlreiches Ergehen erwünscht. Der Vorstand, A. U. Baumgart.

Verband der Freireuegeschäfte Deutschlands. (Zweigverein Kie-

der). Donnerstag, den 30. August, abends 9 1/2 Uhr, bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Mitgliederversammlung. Ergehen unbedingt nötig.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen

Marktblauen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-73 pr. 100 Lb.,

IIa 63-68, IIIa 57-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische

Bullen 0,00, holändische Bullen 0,00. Kalbfleisch, Doppelflächer 100-110,

IIa 80-85, IIIa 70-75, IIIa 60-68. Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-75,

Schweinefleisch 68-74. Rehböcke Ia per Wd. 0,60-0,75, IIa 0,40

Bis 0,50, Kottolb Ia per Pfund 0,40-0,52, Ha 0,00-0,00, Damwoll 0,50, ...

per 100 Pfd. 4-5, Blumenlohl per Mandel 1,00-2,50, ...

werden beide zur sogenannten französischen Schweiz gerechnet. - Z. 348, ...

Witterungsüberblick vom 29. August 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometere, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen.

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. August 1906.

Troden und vielfach heiter bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden ...

Wasserstand am 29. August. Elbe bei Ruffig - 0,41 Meter, bei ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr ...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 30. August. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus, Dyrhus und Gurdite, ...

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Zentral-Theater.

(Operette). 8 Uhr halbe Preise: Kaffeebinder.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67-68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipps.

Im wilden Westen.

Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Urborn großen Teich.“

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr: Spageliebe.

Metropol-Theater

Henry Bender, Josef Giampietro, Fritz Massary. !Auf - in's Metropol!

Apollo-Theater

10 Uhr! Novität! 10 Uhr! Berlin im Omnibus.

Residenz-Theater.

Die Hölle des Löwen. Sonntag nachm. 3 Uhr u. abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr. Rosenmüller und Finke.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Weh dem der lügt.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung.

Carl Weiß-Theater.

Königsplatz 132. Im Theater: Täglich 8 Uhr: Adele.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20 am Rosenthaler Tor. Eröffnung Sonntag, 1. September. 13 internationale Spezialitäten.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill, Strassenstr. 16. Theater, Konzert, Spezialitäten.

Folies Caprice.

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Dir. Felix Berg. Premiere Sonntag, den 1. September.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Notbrücke.

Premiere

Sonntag, den 1. September. Vorverkauf bei Wertheim und an der Theaterkasse.

Bernhard Rose-Theater

Gehundenbrunnen, Badstraße 58. Zum letztenmal: Busch-Liesl.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148. Clown Dolly ist da! Tagliches Ballett-Ensemble.

Kasino-Theater

Kottbuscherstr. 37. Täglich 8 Uhr ab Sonntag, den 1. Sept. Alexander der Große.

Colosseum

Dresdenerstr. 97. Sonntag, den 1. September: Saison-Eröffnung.

Schweizer Garten

Am Königstor - Am Friedrichshain. Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.

Reichshallen.

Täglich: Steffiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuscherstr. 37. Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend: Hoffmanns Nordd. Sänger.

Nyssima

Internationaler Couplet-Sängerin. Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karlsbad mit dem ersten Preise gekrönt.

WINTERGARTEN

Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms. Robert Steidl, Humorist. Mia Werber, Singsängerin.

Palast Theater.

Burgstr. 23, 2 Min. v. Bahnhof Börsen. Sonntag, 1. September, 8 Uhr: Beginn der XII. Saison.

Portrait of Gustav Behrens. Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Vehm- u. Bellermannstr.) Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Tod u. Teufel

allem Ungeziefer! Reichel's Special-Mittel töten unfehlbar Wanzen, Schwaben und jede Brut.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. Zwischen Himmel u. Erde. Milardo, Humorist.

Welt-Ausstellungs-Biograph

(St. Louis) Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Programm.

Gstbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 17. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer, Stralanderstr. 1.

Reichshallen

Täglich: Steffiner Sänger. Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 Uhr.

Prima Weißbier

Berlin N. 4, Bergstraße 22. Telefon: Amt III, 1412. 2074L\*

Bergbrauerei

Berlin N. 4, Bergstraße 22. Telefon: Amt III, 1412. 2074L\*

Wenn Sie uns fragen würden, warum wir selbst am liebsten Josetti-Cigaretten rauchen, würden wir kurz antworten: „Wegen des würzigen Aromas und des milden, feinen Geschmacks, die ihnen eigen sind“. Diese Qualitäts-Eigentümlichkeiten werden selten vereinigt in türkischen Cigaretten gefunden und in keiner Sorte so vollkommen als in

# JOSETTI CIGARETTEN

Wir haben viele türkische Cigaretten mit ausgesprochenem würzigen Aroma geraucht, aber die Stärke derselben war für dauerndes Rauchen unerwünscht. Es sind die bei der Herstellung von Josetti-Cigaretten verwendeten geschickten Mischungen, die das bouquetreiche Aroma der reifsten besten türkischen Tabake vereinigt mit mildem, lieblichem und doch vollaftigen Geschmack bewahren. Dies kann nur mit absolut harmonisch zusammengestellten Mischungen erreicht werden. Dieses Ziel zu erlangen, ist uns stets als wichtigste Aufgabe in unserer langjährigen Praxis erschienen, und nur durch unermüdete Bestrebungen ist es uns gelungen, Josetti-Cigaretten zu ihrer jetzigen Vervollkommnung zu bringen und uns den hervorragenden Platz, den wir in unserer Branche einnehmen, zu gewinnen.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.  
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Zusammenstellung der Tabakblätter für Josetti-Cigaretten zum Verpacken in Ballen.



Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater  
**Heinrich Ziesler**  
nach kurzen, schweren Leiden am 28. d. M., nachts 11 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Buchstr. 9, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigte Arbeiter  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Heinrich Ziesler**  
verstorben ist.  
Seine feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. August, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Buchstr. 9, aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
764 **Der Vorstand.**

„Freier Männerchor“  
Berlin.  
(Mitgl. d. M.-S.-B.)  
Am 28. August verstarb nach längerem Leiden unser Sangesbruder  
**Eduard Stiller**  
im 46. Lebensjahre.  
Der Verein wird demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der freiwilligen Begräbnisstätte (Pappel-Allee) aus statt.  
Treffpunkt der Sänger um 1 Uhr mittags in Engers Klubhaus, Dunderstraße 88.  
**Der Vorstand.**

Montag, den 27. August, entschlief sanft nach schwerem Leiden im 57. Lebensjahre meine liebe Frau und gute Schwester  
**Anna Schultz** geb. Staunau.  
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies Herbeibringt an der hinterbliebenen Gatte  
**Hermann Schultz,**  
**Heinr. Staunau** als Bruder.  
Berlin N., Adlerstr. 44,  
29. August 1906. 6906  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Dantes-Gemeinde, Blankenstraße, aus statt.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und stützenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formers **Eugen Kromp,** sage ich allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen, sowie dem Gesangsverein „Lustige Säger“ hiermit meinen innigsten Dank. 6906  
**Frau Clara Kromp** geb. Bösch.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer unvergesslichen guten Mutter  
**Anna Maschkewitz**  
lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten und dem Gesangsverein Männer-Chor „SO.“ unseren innigsten Dank.  
**Alex Maschkewitz** nebst Kindern.

**Dr. Simmel,** Prinsenz., Str. 41, Spezialarzt für 157/158  
**Haut- und Halsleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.  
Von der Kelle zurück 152/19  
**Dr. Paul Cohnheim**  
Spezialarzt für Magen- u. Darmleiden,  
Oranienburgerstr. 39.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neuest. Katalog  
Empfehl. v. Prof. Dr. Prof. Dr. Dr. Dr.  
H. Unger, Sammlerentwurf  
Berlin NW, Friedrichstraße 91/92.

**Steppdecken**  
137/17  
**Gelegenheitskauf!**  
**Bunt Kattun** Ersatz für 285 Deckbett  
**Similseide** in den 485 675 Farben  
**Wollatlas** rot, blau, oliv, 525 750  
**Bunte Normal-Schlafdecken** 150 250 350  
**Wolldecken** ganz dick 300 400 feinerhaltig  
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**  
Oranienstraße 150. Berlin S.

**Etablissement Bugenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich im Garten bezug.  
in den unteren Zäun  
**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freilanz.

**Alle Wanzen**  
werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — H. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Kuffen, Franzosen, Blattläuse usw. Schadfrei 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 19142  
— Zahlreiche Anerkennungen. —  
**1000 Mark Belohnung**  
zahle demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 81.

**Günstig**  
für **Maurer od. Maler,**  
da solche hier fehlen: Verkauft mein zweites H. Haus, 3 Stuben, Küche, Stall, Biele für 2500 Mark bei kleiner Anzahlung. 152/7\*  
**M. Blanke,** Ostseebad Zingst.

**Nähmaschinen**  
(Singer u. Rohmann) billigst, auch gegen Teilzahlung. Aufschneide-Maschine gratis. **Rosenthalerstr. 19.** 15723\*

**Achtung! Färber! Achtung!**  
**Chemische Wäscher, Färbereiarbeiter u. Arbeiterinnen!**  
Sonnabend, den 1. September 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei **F. Merkowski,** Andreasstr. 26:

**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die wirtschaftliche Lage der Färber und Färbereiarbeiter Berlins und Umgegend. Referent: **F. Kotske.** 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Günstigen und zahlreichen Besuch erwartet  
**Der Branchenleiter: G. Pinkert.**

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.  
Soeben erschienen:  
**Illustrierter Neue Welt-Kalender**  
für das Jahr 1907.  
Einunddreißigster Jahrgang.  
Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium — Postkarten — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — Rückblick — Wessen und Märkte — Im Kreislauf des Jahres — Die Reform der Strafprozess-Ordnung. Von Rechtsanwaltschaft Hugo Heilmann — Zeuchengesetz und Zeuchenerklärung. Von Dr. F. Jadel (mit Illustr.) — Zwei Wieder im Volkston. Von Leo Keller. — Ein Waisentag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen) — Denn wir nicht mehr gültig sind. Gedicht von Ernst Reetzang — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Cunow (mit Illustration) — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Gd. Fuchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht von Lubo. Lessen — Moderne Kraftwagen. Von H. G. (mit Illustrationen) — Sozialistische Frauenorganisation. Von Dittke Baader — Lied der Bergleute. Von H. L. — Die Kultur des Tabaks. Von H. G. Ornt — Französische Gefellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun — Nacharbeit. Gedicht von G. Weber — Szenen aus der russischen Revolution. Von J. H. (mit Illustrationen) — Unsere Toten (Mit Beitr.) — Heilige Familie. Gedicht von G. Kreowski — Abgehende Wälder — Das Armhand. Satirische Skizze von Michel L'Evre. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen) — Für unsere Häftlinge — Trübsal und Hülfeländer. — Hierzu drei Bilder: Der Bergmann — Die Auswanderer — Proletariat — Außerdem zwei Preisarbeiten auf Kunstpapier: Der Steinlocher — Heiser am Umfinkst — Ein Wandkalender.  
**Preis: 40 Pfennig.**  
Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nebst 10 Pfennig in deutschen Reichsmark für Porto.

**An die Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend!**  
Die Nummer des „Vorwärts“ vom 19. August enthält einen Bericht über eine Protestversammlung der Zigarren- und Zigarettenhändler Berlins und Umgegend.  
In diesem wird behauptet, daß die Zigarettenfabrikanten die Banderolensteuer vollständig auf die Zigarettenhändler abgewälzt haben.  
Die „Compagnie Orientale“ ist an diesem Vorgehen der Zigarettenfabrikanten nicht beteiligt, sondern liefert nach wie vor ihre anerkannt guten Marken ohne Aufschlag der Banderolensteuer an die Händler weiter.  
Wir empfehlen den Händlern sowie den Herren Rauchern  
**Orientale Princesse** Detailpreis 3 Pfennig  
**Bouquet** 2  
in der Fabrikationspackung in Düten a 5 und 10 Stück fix und fertig banderoliert und bitten diejenigen, denen diese Marken noch nicht bekannt sind, einen Versuch zu machen. 669b  
**Tabak- und Zigarettenfabrik Compagnie Orientale**  
de Constantinople,  
Berlin N. 58, Schönhauser Allee 16a.  
**Zur Beachtung!** Wir geben den Herren Händlern zur Nachversteuerung ihrer Waren jedes gewünschte Quantum Banderolen zu Originalpreisen bereitwilligst ab.

Berliner Nachrichten.

Vom „Sparenden Berlin.“

Die Berliner Sparkasse veröffentlicht jetzt ihren Verwaltungsbericht über das Etatsjahr 1905. Wir ersehen aus ihm, daß im letzten Jahre 63 419 011 M. eingezahlt und 59 861 588 M. ausgezahlt wurden, sodaß das Plus der Einzahlungen über die Auszahlungen sich auf 3 557 473 M. belief. Dazu kamen 8 793 772 M. Jahreszinsen, die den einzelnen Konten gutgeschrieben wurden, mithin vermehrte sich das Guthaben der Sparer um 12 351 245 M. Hierdurch stieg das Guthaben bis zum Schluß des Etatsjahres 1905 (d. h. 31. März 1906) auf 322 846 111 M. Bei 813 822 Sparbüchern würde das pro Buch durchschnittlich 396,70 M. ergeben, und bei 2 050 655 Einwohnern (am 31. März 1906) kämen auf jeden Einwohner durchschnittlich 157,44 M. Das sind so die üblichen Rechnungs-ergebnisse, die der Sparkassenbericht alljährlich mitteilt.

Wenn man sich die betreffenden Zahlen für das ganze letzte Jahrzehnt zusammenstellt, so zeigt sich, daß das Gesamtguthaben fortgesetzt gestiegen ist. Auch der Durchschnittsbetrag pro Buch ist dauernd im Steigen und ebenso der Durchschnittsbetrag pro Einwohner. Doch es fällt auf, daß die Aufwärtsbewegung sich in der letzten Zeit verlangsamt hat. Vom Schluß des Etatsjahres 1895 bis zum Schluß des Etatsjahres 1905 stieg das Gesamtguthaben um 144 185 445 M., das würde pro Jahr durchschnittlich 14 418 544 M. machen, aber im letzten Jahre betrug der Zuwachs, wie oben angegeben, nur 12 351 245 M. Noch deutlicher tritt die Verlangsamung hervor, wenn man aus dem ganzen Jahrzehnte die Durchschnitte pro Buch und pro Einwohner betrachtet. In den zehn Jahren stieg der Durchschnitt pro Buch um 67,73 Mark, also pro Jahr um 6,77 M., aber das letzte Jahr brachte nur ein Mehr von 4,61 M. Der Durchschnitt pro Einwohner erhöhte sich in zehn Jahren um 51,33 M., macht pro Jahr 5,13 M., aber das letzte Jahr zeigt nur eine Steigerung um 2,51 M. Zu neuerer Zeit ist eben der Betrag der Einzahlungen nicht mehr sehr stark gestiegen, desto stärker aber der Betrag der Auszahlungen. Infolgedessen ist dann der Betrag, der drüberblieb, immer geringer geworden. Im Etatsjahr 1895 wurden 42 484 022 M. eingezahlt und nur 31 429 339 M. ausgezahlt, so daß 11 054 682 M. drüberblieben. Im Etatsjahr 1905 wurden, wie schon gesagt, zwar 63 419 011 M. eingezahlt, aber 59 861 588 M. ausgezahlt, so daß nur noch 3 557 473 M. drüberblieben.

Genau genommen hat das „Sparende Berlin“ im letzten Jahre nur diese 3 1/2 Millionen Mark gespart, sofern das Ergebnis der städtischen Sparkasse als Maßstab dienen soll. Diese Summe nimmt sich allerdings sehr viel weniger stattlich aus als die 63 1/2 Millionen Mark Einzahlungen, denen eben ziemlich 60 Millionen Mark Auszahlungen gegenüberstehen. Zu den 3 1/2 Millionen Mark kommen aber freilich noch die Zinsen, die für das Jahr zugeschrieben wurden. Diese sind natürlich mit jedem Jahre reichlicher ausgefallen, da ja das zinsbringende Guthaben von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Im Jahre 1895 wurden erst 4 763 955 M. zugeschrieben, im Jahre 1905 aber bereits 8 793 772 M. Noch vor zehn Jahren kam der Zuwachs, um den das Guthaben sich erhöhte, größtenteils aus dem, was die Sparer im Laufe des Jahres hintrugen, und nur zum kleinen Teil aus den Zinsen. Jetzt aber kommt er nur noch zum kleinen Teil aus den im Laufe des Jahres eingezahlten Ersparnissen und zum größten Teil aus den Zinsen. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die fortwährende Erhöhung des aus Zinsen herrührenden Zuwachses, so bedeutend sie auch ist, doch nicht die fortschreitende Ermäßigung des aus Einzahlungen bleibenden Plus aufzuwiegen vermocht hat. Hieraus erklärt es sich, daß der jährliche Gesamtzuwachs des Guthabens, wie schon gezeigt wurde, heute bei weitem nicht mehr so groß wie vor zehn Jahren ist.

Wir glauben nicht, daß die Arbeiterbevölkerung mit sehr erheblichen Beträgen an den Einzahlungen der Sparkasse beteiligt sei. Aber die bürgerliche Presse ist dieser Ansicht, und von Zeit zu Zeit bringt sie immer mal wieder zum Ausdruck, sobald über die Ergebnisse des Sparkassenbetriebs berichtet wird. Gewisse Blättchen fügen auch gern hinzu, an den sich bei der Sparkasse aufhäufenden Schätzen könne man erkennen, wie gut es dem Berliner Arbeiter gehe. Nun, da sind wir neugierig, welche Schlüsse diese Sachkenner jetzt aus den keineswegs günstigen Ergebnissen ziehen werden, die die Berliner Sparkasse im letzten Jahre gehabt hat.

Aus der Schuldeputation. In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde der Antrag der fürstbischöflichen Delegatur, in sämtlichen Nebenklassen der Berliner Gemeindeschulen katholischen Religionsunterricht zu erteilen, beraten und, obgleich der Durchführung des Antrages nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen, auch in verschiedenen Nebenklassen schon katholischer Religionsunterricht erteilt wird, angenommen.

Auf Anordnung des Provinziallandtags findet in allen städtischen und königlichen Schulen in Berlin die diesjährige Sedanfeier am Freitag, den 31. August, statt. Am Sonnabend, den 1. September d. J., fällt der Unterricht wegen der Herbstparade aus.

Die Berliner Güterbahn müssen der stetigen Verkehrszunahme entsprechend erweitert und vergrößert werden, an einzelnen Bahnhöfen sind es namentlich die Empfangs-Abteilungen, welche sich zu gewissen Zeiten als unzulänglich erweisen. Es ist bekannt, daß die ankommenden Güter die Zahl der zum Versand gelangenden bedeutend überwiegen; dazu kommt, daß die ersten meist längere Zeit aufbewahrt werden („lagern“) müssen, ehe sie von den Empfängern abgeholt werden, während die von den Versendern angefahrenen Güter den Verkaufsschuppen nur passieren, um sofort aufzuladen und weiter befördert zu werden. Man erkennt dies am besten an den lebhafteren Verkehrsgetriebe, das an der Abfertigung der Güterzüge herrscht. In dem Empfangsschuppen des Anhalter Güterbahnhofs an der Mädelernstraße staut sich das Stückgut oft zu ungeheuren Bergen. Dieser, wie der Versandschuppen, liegt der Mädelernstraße etwa parallel, hinter dem großen Frontgebäude, das die Bureau- und Kassen beherbergt. Jeder der Schuppen hat eine Länge von nahezu 200 Meter. An den Empfangsschuppen schloß sich weiter hinten, etwa 60 Meter entfernt, der alte Holschuppen an, der auch etwa 180 Meter Länge hat. Dieser wird jetzt ebenfalls für den Gütereingang eingerichtet und zugleich über die Länge der 60 Meter hin verlängert, so daß alsdann ein Empfangsschuppen zur Verfügung stehen wird, der die respektable Länge von nahezu einem halben Kilometer hat!

Unter dem Mittelbau, der bis zum Dachstuhl fertig ist, sind Unterkunftsräume mit Kochgelegenheit u. s. w. für 80 Güterbodenarbeiter vorgesehen, weshalb der in Ladehöhe liegende Güterboden teilweise unterkellert worden ist. Es dürfte dies der größte Güterspeicher sein, den Berlin zurzeit aufzuweisen hat.

Die Gewerbegerichtsverfahren sowohl für Arbeitgeber als für Arbeitnehmer beiderseitig finden Freitag, 19. Oktober, in Berlin in folgenden Bezirken statt: Im 1. Wahlbezirk, umfassend die Stadtbezirke 1-10, im 4. (31.-39. und 45.-48. Stadtbezirk), im 7. (54., 55. und 57.-63. Stadtbezirk), im 10. (76.-78.), im 13. (95. bis 104.), im 16. (114.-121.), im 19. (136.-142), im 22. (152 bis 156. und 158.-159.), im 25. (161. und 179.-181.), im 28. (182. bis 183. und 196.-200.), im 31. (218.-225.), im 34. (242. und 247. bis 248.), im 40. (273., 275.-276., 278. und 301.-306.), im 43. (290. bis 292.) und 48. Wahlbezirk (umfassend die Stadtbezirke 307-308 und 315-318).

Bräuer und Gastwirt. Der Scheinvertrag der Brauereien enthält verändernde Bestimmungen, die manchen unserer Leser interessieren werden. Dieser Vertrag soll nicht nur die Lieferung von Pilsener, die Beteiligung an Pilsener u. s. w. betreffen — womit die Werte ganz einverstanden sind —, sondern seine in Einzelne gehenden Bestimmungen fügen einen völligen Umsturz des bisherigen Verhältnisses zwischen Bier und Brauer herbei zum Schaden der Bier. Im § 15 wird beispielsweise bestimmt: „Lokalmobiliar und Inventar darf vom Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages ab nur gegen Zahlung einer jährlichen Abmahlung von mindestens 10 Proz. und gegen eine Vergütung von mindestens 4 1/2 Proz. ausgeliehen werden. . . Die unentgeltliche Vergabe von Tischen und Stühlen ist nicht gestattet. Es ist vielmehr eine Leihmiete von mindestens 4 Pf. für den Tisch und 2 Pf. für den Stuhl pro Woche zu erstatten.“ An anderer Stelle heißt es: „Gratisbier und Geschenke dürfen fortan an Bierabnehmer nur bei deren eigener Hochzeitsfeier und bei seltenen Jubiläen gegeben werden.“ Bemerkenswert ist, daß der Vertrag auch Ausnahmen von dem für die Gastwirte bestimmten Verkaufsschlusse zuläßt. An Biergroßhändler darf zu Preisen geliefert werden, welche bis zu 2 Pf. pro Liter niedriger sind als die für Gastwirte. Eine Ausnahme von den Vertragsbedingungen ist nach § 5 aber auch zulässig, wenn die Vertragsabnehmende mit einer nicht zu den vertragsschließenden Brauereien in Konkurrenz tritt und von dieser durch niedrigere Preise unterboten wird. — Die Voraussetzung für diese Bestimmung ist aber jetzt schon gegeben. Eine ganze Reihe ringfreier Brauereien will ihr Bier zu den alten Preisen verkaufen.

Bezugnehmend auf den gestrigen Bericht über die Gastwirtsversammlung teilt uns Herr Perzberg mit, daß er nicht Vorsitzender des Vereins Berliner Gastwirte, sondern nur einfaches Mitglieds des Vereins sei.

Tippschrift kann niemand recht machen. Wenn sonst irgend ein patriotisches Ereignis dazu Anlaß gab, gehörte das in der Potsdamerstraße belegene Haus der Firma Tippschrift zu denjenigen, das sich durch reichen Plaggenrauch auszeichnete. Diese Plaggen rauchten dann, daß sich dieser Patriotismus bezahlt mache. Gestern haben Neugierige festgestellt, daß anlässlich der Wringentaufe die ganze Front und das Dach wässert, öde und leer war. Und das ist wieder nicht recht. Jetzt finden sich wieder böse Mäuler, die da ausgesprochen, daß Tippschrift u. Co. mit dem Vaterlande böse seien. Und dabei besteht doch noch der Vertrag des Reiches mit der Firma, der ihr große Aufträge und gute Bezahlung sichert.

Ueber einen Schwindelprofessor wird berichtet: Seit einiger Zeit findet man in mehreren Berliner Tageszeitungen breite marktprophetische Inserate, die von einem Professor G. Reichardt in London ausgehen und allen Schwerverhörigen, sogar solchen Personen, die total taub sind, vollständige Wiedererlangung ihres Gehörs in Aussicht stellen. Der Herr Professor verlangte Vereinigung von 30 Mark und versprach dafür die Zufindung eines elektrischen Apparates, dessen Gebrauch das erwähnte Wunder wirken sollte. Unter vielen anderen wandte sich auch ein Angestellter der Firma H. aus Berlin an den Professor und ersuchte zunächst um Angabe von Referenzen. Umgehend traf hierauf aus London ein ganzes Paket mit Danzscheiben aus aller Herren Ländern ein, darunter auch ein solches von einem Gärtnerbesitzer (?) aus Potsdam. Gleichzeitig lag dem Paket ein Begleitschreiben des Professors bei, das in berebenden Worten den bezüglichen Apparat als durchaus sicher wirkend schilderte und die Anschaffung desselben dringend empfahl. Der junge Mann, dem sehr viel daran lag, von seiner Schwermüdigkeit geheilt zu werden, war nun vollständig gewonnen und im Begriff, 30 Mark nach London zu senden. Auf den Rat eines Dritten entschloß er sich dennoch, erst den Gärtner in Potsdam zu hören. Von diesem erfuhr er nun, daß derselbe ein Danzscheiben an den Professor nie gesandt habe, daß dieser Professor vielmehr ein Schwindler sei, der ihn um 30 Mark geprellt habe. Der Gärtner war empört über den Mißbrauch des angeblich von ihm herrührenden Danzscheibens und schimpfte recht erde auf den Schwindelprofessor in London. Selbstverständlich verzichtete der junge Mann nunmehr auf den Wunderapparat. Wir bringen die Sache zur öffentlichen Kenntnis und können bei solchen Anpreisungen — namentlich wenn dieselben aus dem Auslande kommen — zur größten Vorsicht mahnen, denn mit all diesen Wundermitteln wird der größte Quabug getrieben.

Ein Gerüststurz

hat sich gestern vormittag gegen 10 Uhr am Bau des neuen Schillertheaters in Charlottenburg, Ecke Schiller- und Großmannstraße ereignet. Im äußeren Bau ist das Theater bereits vollendet, während noch im Innern reichlich zu tun ist. Im großen Zuschauerraum sind gegenwärtig Dreher, Spanner und Puffer mit den letzten Arbeiten beschäftigt. Hierfür ist ein Gerüst aufgebaut gewesen, das eine Höhe von etwa 20 Meter hatte. Als gestern mittag eine Anzahl Arbeiter auf dem Gerüst ihre Arbeit verrichteten, gab dieses plötzlich nach und stürzte unter lautem Krachen zusammen. Vier Mann wurden mit in die Tiefe gerissen und unter dem Gerüst begraben. Sofort eilten Kollegen hinzu, um die Verunglückten zu befreien. Von den Verunglückten war der 30jährige Spanner Wilhelm Diggmann am schwersten verletzt. Er wurde bewußtlos nach der Unfallstation im Zoologischen Garten gebracht, wo der Arzt schwere Rippenbrüche feststellte. In bedenklichem Zustande fand D. im Krankenhaus Roabit Aufnahme. Die übrigen hatten äußere Quetschungen und Hautabschürfungen davongetragen. Die Ursache der Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß das Gerüst nicht sachgemäß aufgestellt gewesen ist. Der bauausführende Maurermeister heißt Vethle-Spaudau.

Ueberfahren. Der 12jährige Sohn Reinhard der Produzentin G. aus der Soldinerstr. 80 zog es vor, anstatt zur Schule zu gehen, sich in den Straßen Berlins umherzutreiben. Da die Mutter fort den ganzen Tag geschäftlich aus dem Hause war, so wurde dem Knaben sein Vornamen sehr erleichtert. Gestern sollte es aber ein böses Ende nehmen. Auf seinen „Kreuzfahrten“ durch die Straßen geriet G. unter einen Bierwagen der Schmutzbrauerei und wurde überfahren. Der eine Unterschenkel wurde ihm gebrochen, während der andere schwer zerfleischt wurde. Der Schwerverletzte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Auf der Stadtbahn beannt wurde die Frau des Malermeisters G. aus Schönholz, die um 1/2 Uhr nachmittags mit ihrer 10jährigen Tochter auf der Station Gesundbrunnen ein Coupe eines Ringbahnzuges betreten hatte, um nach Bahnhof Landsberger Allee zu fahren. Auf der Station Prenzlauer Allee stieg ein Mann in das von Frau G. und deren Tochter besetzte Abteil. Da das Meißer des Fremden sehr wenig vertrauenswürdig aussah, so wollte die Malermeistersgattin ein anderes Coupe auffuchen. In diesem Augenblick entriß der Mann ihr die Handtasche, in der sich etwa 7 Mark bares Geld befanden und verdammt mit seiner Beute über das Trittbrett in ein anderes Wagenabteil. Frau G. erbatte auf der Station Landsberger Allee Anzeige von dem Vorfall, und der eingeleiteten Untersuchung wird es hoffentlich gelingen, dem dreisten Räuber das Handwerk zu legen.

Aus dem Nachleben der Friedrichstraße. Eine blutige Affäre rief gestern früh in der dritten Stunde in der Friedrichstraße großes Aufsehen hervor. Der 28jährige Baubeamte Otto L. aus der Steinmetzstr. 15 war mit einer jungen Dame, die an einem Nachtbulet in der Friedrichstraße beschäftigt ist, die Friedrichstraße entlang gegangen und mit ihr in Auseinandersetzungen geraten. Die Ursache hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß sich das junge Mädchen weigerte, seine Stellung als Kuffell-Fräulein aufzugeben. Der Wortstreit zwischen dem Paare wurde immer erregter und schließlich entriß L. mit den Worten: „Wenn Du das nicht willst, so ist es zwischen uns aus!“ einen Revolver aus der Manteltasche und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Bewußtlos brach der Lebensmüde zusammen. Aus der Schuhwunde ergoß sich ein starker Blutstrom. Auf der Unfallstation in der Kronenstraße erhielt L. einen Notverband, worauf er in die Charité eingeliefert wurde.

Einen netten Sonntagsprediger hat die Jüdisch-Gemeinde in der Person des Missionars Hinge gehabt. Dieser fromme Herr wird beschuldigt, sich an den ihm anvertrauten Kindern in vielen Fällen unzüchtig verhalten zu haben. Sein Objekt bildeten Knaben. Ende vorigen Jahres rief der Mann eine Knabenabteilung der Sonntagsschule ins Leben und in der Schönhauser Allee fand der Gottesdienst statt. Häufig nahm aber der Missionar auch Knaben nach seiner Wohnung, Saarbrückerstraße 11. Während die Eltern glaubten, ihre Kinder seien gut aufgehoben, verging sich der Schweineprediger in der gräßlichsten Weise an ihnen. Die Sache kam dieser Tage ans Tageslicht, als ein Junge sich weigerte, zu dem Missionar zu gehen. Schließlich brachte die Mutter des Knaben aus ihm heraus, was der Grund war. Das wurde bekannt und nun gestanden auch andere Knaben, was mit ihnen vorgegangen. Der fromme Herr hat Berlin schon den Rücken gekehrt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Kellerbrandes wurde in der letzten Nacht die Wehr nach der Ballner Theaterstraße 12 gerufen. Preßkohlen hatten sich dort entzündet. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Stahlweihstraße 8a zu tun, wo Stuben brannten. Ein Garbinenbrand rief den 19. Jug nach der Friedrichstr. 100. Ferner hatte die Wehr in der Mühlenstr. 8 und Veteranenstr. 8 zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker gingen beim Rixdorfer Gewerkschaftskartell folgende Beiträge ein: Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Des Rixdorf, auf Aktien 341 050, 342 4., 345 320, 346 050, 347 930, 348 185, 350 415, 351 385, 354 910, 356 175, 358 665, 360 460, 363 500, 365 2., 366 040. — Liste 378, 2. Rate Litherei Gausle 970, Liste 398 695, Liste 401 350, Liste 419 405, Liste 420 225, Liste 429, 1. Rate Litherei Gausle 265, Liste 430, 2. Rate Litherei Schramm 515, Liste 432 Litherei Gausle, 2. Rate 480, Liste 433 250, Liste 434 Litherei Kasselmann, 2. Rate 5., Von Vertrauensleuten des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Rixdorf, auf Aktien: 445 1135, 446 690, 447 435, 448 535, 449 1590, 451 1670, 462 (gef. Schloßerei Poeschl u. Sohn) 820, 453 835, 456 2205, 459 925, 461 325, 462 425, 463 120, 464 220, 465 250, 466 1235, 467 230, 468 2., — Liste 470 1055, 471 735, 472 975, 473 380, Summa 18910. — Liste 480 575, Liste 481 5., Liste 515 — 49, Liste 528 225, Liste 529 Müßelpöllerer der Firma Schwarz 8., Liste 538 970, Liste 539 250, Liste 540 150, Liste 549 520, Liste 550 325. — 14 Abteilung des Bahnerveins Rixdorf, auf Aktien: 554 535, 555 10., 556 800, 558 540, 559 615, 562 880. — Liste 563 Litherei Gausle 870, Liste 564 Litherei Gausle, 2. Rate 845, Liste 565 Litherei Ummelsh, 1. Rate 1150, Liste 573 von den Drehern der Firma S. Josten 850. Vom Arb.-Nachfahr.-Verein Rixdorf 5., Von zwei Kollegen, Dops Selbstregl.-Synthet 1., Summa 43510 M. Bereits quittiert 70041 M., in Summa 114451 M.

In der Quittung vom 20. Juli muß es heißen: Liste 540 470 — und nicht 566.

Für die ausgesperrten Buchbinder gingen ein:

Liste 601 780, 4. Rate, Litherei Hegelmann, Liste 603 615, 2. Rate, Firma Koberey, Liste 604 365, Litherei Gausle, Liste 605 760, Litherei Gausle, Liste 606 600, 2. Rate, Litherei Gausle, Liste 607 1155, Litherei Gausle, Liste 608 1835, 2. Rate, Litherei Gausle, Liste 609 505, Litherei Kasselmann, Liste 610 175, Litherei Gausle, Liste 611 1050, 4. Rate, Litherei Richter, Liste 612 1650, 4. Rate, Litherei Ummelsh, Liste 613 720, 5. Rate, Litherei Hegelmann, Liste 615 1145, Litherei Sammtli, Liste 617 355, Litherei Gausle, Liste 618 1505, Buchverl. und Buchbind. Arbeiter der Firma Schwarz, Liste 619 1740, Dreßler, Litherei u. Buchverl. von D. Schwarz, Liste 620 365, Litherei Hoffmann. — 14 Abteilung des Bahnerveins Rixdorf, auf Aktien: 624 1175, 625 800, 626 820, 627 11., 628 580, 629 605, 631 1155. — 2. Rate-Glad.-Verein Rixdorf 5., Liste 643 1., Liste 644 Bau Eische, Welfenstr. 14,55, Liste 670 Litherei Gausle 945, Liste 673 5. Rate, Litherei Richter 1115, Liste 675 Litherei Sponar 1025, Liste 676 Litherei Krause 380, Liste 677 Litherei Schöge 190, Liste 678 3. Rate, Litherei Gausle 900, Liste 679 1650, Summa: 30565 M. Bereits quittiert 8410 M., in Summa: 38975 M.

Die Parteigenossen werden hierdurch aufgefordert, die noch zurückbleibenden Listen sofort abzugeben.

Gewerkschaftskartell Rixdorf.

Im Auftrage: Heinrich Schulz, Rixdorf, Köpflstr. 9 II. Charlottenburg.

Verloren gegangen ist die Sammelliste Nr. 100 für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie die Sammelliste Nr. 40 für die ausgesperrten Buchbinder in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Auf beiden Listen war nichts gezeichnet. Es wird ersucht, bei etwaigen Vorzeigen die Listen anzuhalten und an Unterzeichneten abzuliefern.

Ebenso wird ersucht, die noch ausstehenden Sammellisten von den Lithographen und Steindruckern sowie Buchbindern so schnell wie möglich abzuliefern.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Pankow.

Ausgeflogen. Ein dreister Fluchtversuch ist zwei „schweren Jungen“ in dem Amtsgerichtsgefängnis in Pankow gelungen. Sie waren bei einem Einbruchdiebstahl in der Ringstraße überfallen und verhaftet worden und hatten in dem Amtsgerichtsgefängnis Unterkunft gefunden. Die Verhafteten, der Schlosser Steuer und der „Gelegenheitsarbeiter“ Hasekoff, die schon eine Zahl von Vorstrafen hinter sich haben, entkamen sich im Laufe der Untersuchung als zwei außerordentlich „schwere Jungen“. Da ihnen auch jetzt wieder eine recht hohe Strafe drohte, zogen sie es vor zu flüchten. Als sie von einem Gefängnisbeamten zum Vorhof vor dem Untersuchungsrichter von dem Gefängnis über den Hof nach dem Gerichtsgebäude geführt wurden, rissen sie sich plötzlich los und eilten davon. Bevor sich der Transporteur von seiner Ueberwachung erholt hatte, waren die beiden Einbrecher über die Mauer hinweg verschwunden. Die sofort aufgenommene Verfolgung blieb resultatlos.

# **Ableshoj.**

**„Weil in gehässiger Weise über Religion gesprochen wird.“** Mit diesen Worten wurde die am Dienstag, den 28. August, im Lokale von Weißner stattgefundenen gut besuchte Vollversammlung vom überwundenen Beamten aufgelöst. Nachdem Genosse Störmer über „Austritt aus der Landeskirche“ eine halbe Stunde gesprochen hatte und gerade den Bibelfpruch „Bete und arbeite“ kritisch auseinandersetzte, erfolgte mittels obigen Ausspruchs durch den die kirchliche Autorität vertretenden Gutkenhändler Schulze, Seichowstr. 34, die Auflösung derselben. Beschwerde wird erhoben. Die Fortsetzung dieser Versammlung mit demselben Thema und Referenten findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 2 Uhr, in Weißners Lokal statt. Infolge dieser durch nichts zu rechtfertigenden Maßnahme wird die Arbeiterschaft in der nun anderweitigen Versammlung nicht nur zahlreich vertreten sein, sondern auch durch Massenandrang aus der Landeskirche die behördlichen Maßnahmen beantwortet.

# **Weißensee.**

**Schule und Haus.** Eine immer wiederkehrende Erscheinung, die auch regelmäßig auf beiden Seiten mit Erbitterung und jeweiligen Schereorien verbunden ist, ist die schon oft gestrige Unfälle einzelner Lehrer oder Direktoren, den Gewissenszwang mit aller Energie den Kindern, in den meisten Fällen Kindern sozialdemokratischer Eltern, beizubringen, wie es nun gerade „von oben“ gewünscht wird. Die unschuldigen Opfer sind dabei immer die Kinder, sie werden in den Augen ihrer Mitschüler herabgesetzt und bis in die Seele hinein gehandelt. So steht schon seit längerer Zeit unsere Genossin Reumann mit dem Rektor Zeffel in Streit, weil sie ihren Sohn durchaus nicht an dem freiwilligen Turnunterricht in der Schule teilnehmen läßt, sondern die freiwillige turnerische Ausbildung dem Turnverein „Fichte“ überläßt. Nach langem Hin und Her ist nun endlich von dem Kreislichinspektor eine Verfügung ergangen, die aber wiederum jeder gesetzlichen Unterlage entbehrt. Das Schreiben lautet:

„Auf Ihre am 29. Mai d. J. bei dem dortigen Gemeindevorstand vorgelegte und von demselben mir weitergegebene Beschwerde gegen den Rektor Herrn Zeffel erwidere ich Ihnen, daß letzterer durchaus im Sinne seiner vorgelegten Behörde gehandelt hat, wenn er Ihrem Sohne Georg die Teilnahme an den Übungen des Turnvereins „Fichte“ in Berlin strengstens untersagt hat.“

Die einseitige Erziehung der der Volksschule anvertrauten Kinder muß schwer darunter leiden und es kann nur Verwirrung in ihre Seelen hineingeraten werden, wenn sie in einzelnen Fällen von Personen unterrichtet werden, welche mit der Schule in keinerlei Verbindung stehen und die, wie es bei dem Verein „Fichte“ zweifellos der Fall ist, im Auftrage eines politischen Vereins tätig sind.

Wenn Ihr Sohn das Bedürfnis hat, außerhalb der Schulstunden noch Turnübungen zu pflegen, so kann er an den freiwilligen Turnübungen teilnehmen, welche an mehreren Nachmittagen wöchentlich von dortigen Lehrern geleitet werden.

Sie werden daher lediglich im Interesse Ihres Sohnes handeln, wenn Sie ihn fortan nicht mehr an den genannten Verein schicken.

**Der Kreislichinspektor Welter.**

Wer die Verwirrung in die Seelen der Kinder hineinbringt, wird der Reflex selbst empfinden. Im übrigen muß es den Eltern schon überlassen bleiben, was mit ihren Kindern außerhalb der Schulstunden geschieht.

# **Zegel.**

Die Sperrung stand auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevollversammlung. Wie groß das Interesse an der Frage war, zeigte schon der noch nie dagewesene Besuch aus der Bürgerwehr Zegels. Zehn Personen und die Vertreter der Presse finden Platz, selten sind alle Plätze besetzt, daß aber viermal mehr Zuhörer Einlass begehrten, ist unbekannt in der Geschichte Zegels. Den Antrag, der zur Verhinderung stand, hatten unsere Genossen die Gemeindevorstande Lichtenberg und Bobels, eingebracht. Der erste begründete den Antrag, der eine Verrückung der Sperrung und eine Wiederherstellung des früheren Zustandes forderte. Wenn er auch zugeben mußte, daß er sich geirrt habe, als er erklärte, einen Beschluß, den Weg zu sperren, gäbe es nicht, er habe sich durch Einwirkung in das Protokoll der veranlassenden Sitzung vom 2. Juli d. J. vom Gegenteil überzeugt, so mußte er doch sagen, es sei am See ein erhebliches Verkehrsbehindernis geschaffen worden. Ganz besonders würden dadurch neben den Spaziergängern aus Zegel die von den Dampfern kommenden Personen getroffen. In den sich anschließenden Ausführungen des Vorsitzenden ließ dieser durchblicken, daß er bereit sei, den Weg wieder zu öffnen, sobald genügend Garantien dafür gegeben seien, daß der Reeder Hölz seinen Privatvertrag mit der Gemeinde hält. Vielleicht werde der Amtsvorsteher eine Verfügung erlassen, nach der es verboten sein werde, ohne Fahrkarte die Schiffe zu besteigen. Dies würde genügen. Bis dahin aber werde auch die Überregulierung in der geplanten Weise vorschreiben und neue Wege schaffen. Auf die Seite der Antragsteller trat nur Gemeindevorsteher Schumacher. Gemeindevorsteher Direktor Luger glaubt, daß es sich nicht um die Sperrung, sondern um die Person des Reeders Hölz handle. Gemeindevorsteher Kommerzienrat Ernst Vorsig wünschte, die Gemeindevorsteher sollten sich besser informieren, dann werde die sogenannte öffentliche Meinung (gemeint ist wohl die öffentliche Protokollversammlung) nicht unnötig erregt. Gemeindevorsteher Genosse Lichtenberg erwiderte, daß er nur das Interesse der Gemeindeglieder im Auge gehabt habe, daß ihn kein Interesse für eine Person leite, und daß nicht er, sondern die anderen Redner die Angelegenheiten des Herrn Hölz in die Debatte gezogen hätten. Der Vorsitzende Gemeindevorsteher Weigert stellte fest, daß seinerseits mit aller Nachsicht gehandelt worden sei, daß sich aber Reeder Hölz alles Wohlwollens bedient habe. Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Im übrigen genehmigte die Gemeindevorstellung den Voranschlag für die August Müllerstraße und die mit den Anliegern der Straße neuerdings getroffenen Abmachungen. Nur einer der Vorgesetzten, Dreher, hat seinen Einspruch gegen den neuen Voranschlag nicht fallen lassen.

Bei der Eisenbahndirektion Berlin, die neuerdings die Einführung des 20 Minuten-Verkehrs abgelehnt hat, soll angefragt werden, ob der vom verstorbenen Eisenbahnminister zugelagte Spätzug Berlin-Zegel um 1 Uhr nachts im Winterfahrplan enthalten ist. Wegen der Verpachtung der Wootslandestelle am Wootwerk an den Inhaber des „Strandbades“ kam es zu langen Debatten. Im Vertrag soll festgelegt werden, daß eventuell jeder gegen eine Gebühr dort anlegen dürfe. Eine öffentliche Wootslandbedrücke wurde als notwendig bezeichnet.

# **Mariendorf.**

**Strassenbahn Steglitz-Südende-Mariendorf.** Die Gemeindevorstellung von Mariendorf hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Strassenbahnlinie Steglitz-Südende durch den Ort weiterzuführen und die Bahnstrecke aus eigenen Mitteln zu bauen und selbst zu verwalten. Die Gemeinde hatte sich zunächst an den Kreisauswahlgang mit dem Antrage gewandt, die Durchführung dieses Projektes zu übernehmen. Die Behörde erklärte sich jedoch hierzu nur unter der Bedingung bereit, daß die Gemeinde Mariendorf die Veranschlagung und Amortisation der Anlagekosten sowie die Deckung etwaiger Höchstbeträge übernehmen. Dieses Ansuchen lehnte die Gemeindevorstellung von Mariendorf ab und wird nun die Bahn in eigener Regie bauen.

# **Ober-Schöneweide.**

**Kampf gegen den Unglauben.** Am Sonntag wurde unter üblichem Tamtam der Grundstein zur katholischen Kirche gelegt. Bei der sich an den kirchlichen Akt anschließenden Feier im „Wilhelminenhof“ glaubte der Herr Arcadius Menoch auch gegen den Unglauben zu Felde ziehen zu müssen, indem er in einer Ansprache darauf Bezug

nahm, daß im selben Saale schon des öfteren in Versammlungen Auseinandersetzungen zwischen den Katholiken und Ungläubigen stattgefunden hätten. Nach den bisherigen Leistungen dieses Herrn zu urteilen, ist anzunehmen, daß der Unglaube nun wirklich totgeredet ist.

**Die Direktion der hiesigen Straßbahn** steht wirklich im Zeichen des Fortschrittes. Durch Anschlag gibt sie bekannt, daß ab 8. September der Preis für die Arbeiterwochenfahrkarten um 20 Pf. erhöht wird. Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, daß durch die eventuelle Mehreinnahme die Gesellschaft in die Lage versetzt wird, die Arbeiter im November nicht mehr in offenen Sommerwagen befördern zu brauchen. Die Rigorosität dieser Gesellschaft kennt überhaupt keine Grenzen. Sache des beteiligten Publikums wäre es, hier einmal Remedeur zu verlangen.

Der einstimmige Beschluß der Gemeindevertretung für eine weitere sofortige Vermehrung der Zahl der Gemeindevertreter hat die Zustimmung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden.

Bei der Zusammenkunft der Aufsichtsbekörden speziell in einem Landkreise wie Nieder-Barnim ist es kein Wunder, daß diese Leute den Bedürfnissen eines Industrievorortes wie Ober-Schöneweide nicht Rechnung zu tragen verstehen. Der Entwicklung der Gemeinde ist damit allerdings nicht gedient.

Die Klage unserer Genossen gegen die Giltigkeit der letzten Gemeindevahlen ist noch nicht entschieden.

# **Röpenitz.**

Mit dem Mannheimer Parteitag beschäftigten sich die Röpenitzer Genossen in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Das Referat hierzu hielt Genosse Boeske, der einen klaren Ueberblick der Tagesordnung vom Parteitag gab. So wurde, führte Redner aus, kein Punkt vorstandsbericht der „Vorwärts“-Konflikte einen breiten Raum in der Debatte einnehmen; bei dieser Gelegenheit dürften auch die Anträge Kolb-Karlruhe, der den „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan entkleidet wissen will und eine Verlegung des Parteivorstandes durch zwei jüngere Sekretäre wünscht, einer längeren Erörterung unterzogen werden. Der Parlamentsbericht wird sicher Anlaß geben, über das Fehlen eines Teiles unserer Fraktion anlässlich der Interpellation über das „Vorwärts“-Grubengraben eine Aussprache herbeiführen. Auch dürfte die Frage der Doppelmandate erörtert werden. Einen breiten Raum in der Debatte versprechen die beiden Punkte Ratze und Waschnitz einzunehmen. Zur Frage der Ratze sei schon deshalb ausführlicher Stellung zu nehmen, damit die Form des Uebernehmens und Handlung des Parteivorstandes mit der Genossenschaftskommission festgelegt werde. Die letzten Vorkommnisse lassen eine solche Regelung als dringend notwendig erscheinen. Zur Frage des Waschnitz gibt Redner derselben Meinung Ausdruck, wie sie bereits im Kreisgeneralsversammlungsbericht für Zelton-Beeskow wiedergegeben ist. In den hierzu vorliegenden Anträgen, so z. B. einen Korreferenten zu bestellen, äußert sich Redner in zustimmendem Sinne. Redner fordert zugleich, daß der Parteitag die Bestrebungen der Lokalorganisations, bei denen es sich nicht mehr um Fragen des Prinzips, sondern nur noch um Eigenbrödelerei handele, verurteilen möge. Im Interesse der einheitlichen Führung zukünftiger Kämpfe sei ein Wegweiser dringend geboten. — In der hierauf folgenden Diskussion sprachen die Genossen Hillias, Herbst und Jansch. Hillias wandte sich namentlich gegen Ausführungen in letzter Zeit, die gegen die Gewerkschaftsführer Vorwürfe enthielten hätten. Ihm trat Genosse Herbst entgegen, der die Neutralität der Gewerkschaften als ein für die moderne Arbeiterbewegung gefährliches Symptom kennzeichnete. In seinem Schlusswort widerlegte Boeske die Einwendungen von Hillias. Alsdann gab Genosse Jahnke den Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung Groß-Berlins. An Stelle des Referats, Genossen Ruhmig, der wegen Arbeitsüberbürdung sein Amt niederlegen mußte, wurde Genosse Heinze gewählt. Ein Antrag, gegen 18 Mitglieder, die bei der Firma Spindler Arbeitsunwilligkeitsdienste berichteten, das Ausschlußverfahren zu beantragen, wurde angenommen.

Die Anfrage des Genossen Hillias: welche Schritte unternommen werden gegen Mitglieder, die gegen die Sozialliste verstoßen, wurde dahin beantwortet, daß im Wiederholungsfall der Ausschlussantrag der Betreffenden erfolge. Eine lebhafteste Diskussion rief der Konflikt des Festabendvereins „Morgenrot“ Ionra Genossen Karl Seibel hervor, wonach letzterer dem Verein seinen Saal zu einem Konzert versprochen hatte und selbigen alsdann anderweitig vergab. Die Versammlung kam zu der Meinung, daß beide Teile die Schuld tragen. Zum Schluß konnte der Vorsitzende die Mitteilung machen, daß bei der am 1. Mai eingeleiteten Staatsaktion nur ein Genosse mit 20 M. Geldstrafe bedacht worden ist. Zur Neuaufnahme hatten sich 12 Mitglieder gemeldet, gegen die Einspruch nicht erhoben wurde.

**Die Hand abgerissen.** Ein bedauerlicher Bauunfall wird uns aus Röpenitz gemeldet. Auf dem dortigen Neubau in der Menzelstraße 8 sollte abgerissen werden. Der 47jährige Maurer Karl Gewiese war dabei im Begriff, einen schweren Kalkstein von dem Gerüst herunterzuholen. Als er damit die Leiter herunterstieg, blieb er plötzlich mit seinen Holzpantinen in einer Spalte hängen, bevor das Gleichgewicht und stürzte mit samt dem Saften in die Tiefe. Bei dem Sturz wurde dem Unglücklichen die linke Hand vollständig abgerissen, nur noch mit einer Daumensehne hing das Glied am Unterarm. Der Schwerverletzte wurde in das Kreis-Krankenhaus in Brühl eingeliefert.

# **Bossen.**

**In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten** wurde Herr Dreier jun. zur Felddeputation einstimmig befähigt. Zum Besuch des Städtetages am 24. bis 25. September wird Herr Bürgermeister Dr. Wich bestimmt. Es wird berichtet, daß vom Kreisvertreter 1000 M. zwecks Anschaffung einer mechanischen Schiebelleiter nach hier überwiesen wurden. Ein Abonnement auf die öffentliche Weterart und Ausguss an einer besonderen Tafel am Postgebäude wird angenommen. Die Versammlung spricht sich gegen eine Zentralheizung für das neue Schulgebäude aus und wünscht wie bisher Kachelöfen, die sich besser bewahren dürften als eine Zentralheizung, bei der man immer mit Mängeln rechnen müsse. Die Pflasterung des Bürgersteiges vom Roggesehen Grundstück (Wahnhof) bis zur Reuendorfer Chauffee soll in allernächster Zeit in Angriff genommen werden und wurde Herr Steinmetzmeister Rogge mit der Ausführung beauftragt.

# **Spandau.**

**Mit der Erhöhung des Bierpreises** hat sich auch in Spandau eine Versammlung der Gastwirte von Spandau und Umgegend beschäftigt. Das Resultat der eingehenden Debatte, in der Genosse Böhm den Standpunkt der freien Gast- und Schankwirte darlegte, war die Annahme folgender Resolution:

„Die beim Kollegen E. Freund, Pichelwerder, tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins der Gastwirte von Spandau und Umgegend kann sich dem Vorgehen der Ringbrauereien, die erhöhte Biersteuer durch die Erhöhung der Bierpreise auf die Gastwirte abwälzen, nicht anschließen. Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Erhöhung der Bierpreise und erklärt, die geplante Erhöhung unter keinen Umständen tragen zu können und zu wollen. Die Versammlung bedauert, daß die Ringbrauereien die erhöhte Biersteuer zum Anlaß nehmen, um sich nicht nur schuldig zu halten, sondern sich selbst auf Kosten der Gastwirte einen Vorteil zu verschaffen. Die Versammlung empfiehlt sämtlichen Mitgliedern, ihren Bedarf an Bier von ringförmigen Brauereien zu decken.“

**Aus den Rasterinstituten.** Wiederholt sind Rasterhände in den Staatsverhältnissen im „Vorwärts“ Gegenstand der Erörterung gewesen; des öfteren haben wir gezeigt, daß die Arbeiter, einer Hierarchie von Fabrikbeamten unterstellt, jeder freien geistigen Regung beraubt werden. Heute kam über ein Vorkommnis be-

richtet werden, das zeigt, wie ein Arbeiter um einen Teil seines Verdienstes gebracht wurde. Das Rasterinstitut ist diesmal die Gewerkschaft. In der dort befindlichen Maschinenwerkstatt, die dem Meister A. A. I. untersteht, wurde einigen Drechern bedeutet, daß sie bei einer bestimmten Arbeit etwas mehr verdienen könnten als die Lohnordnung es vorschreibe. Unter den bevorzugten Arbeitern befand sich auch der Dreher Emil Harten. Als selbiger am Jahltage seinen etwa 750 M. betragenden Mehrerwerb in Empfang nehmen wollte, wurde ihm zu seinem Erstaunen von dem Vizemeister J. A. I. mitgeteilt, daß er diesen Mehrerwerb nicht ausgezahlt erhalten. Harten sah indes die Qualifikation eines staatlichen Rasterarbeiters nicht zu bezweifeln, der in aller Untertänigkeit einen solchen Bescheid entgegenzunehmen gewillt ist. Er erbot hierauf sofort beim Direktor Beschwerde. Unter anderem brachte er vor, daß in dem Betrieb des Meisters Karl von einem Dreher für den Oberbüchsenmacher Schwieger Arbeiten gemacht würden, die jedenfalls mit dem Betrieb der Gewerkschaft nicht zu tun haben. Auf die Frage des Direktors, ob er dies auch beweisen könne, erbot sich Harten, den Beweis sofort zu erbringen. Es wurde deshalb sofort ein Offizier mit Harten in den Betrieb geschickt, der die peinliche Untersuchung vornehmen sollte. Es wurde nun festgestellt, daß die Matrizen, welche der Dreher für den Oberbüchsenmacher angefertigt hatte, für eine Drahtziehfabrik bestimmt waren. Vorgefunden wurden etwa 100 fertige, aus dem Material der Gewerkschaft angefertigte Matrizen. Die Anfertigung einer solchen Matrize erfordert eine Arbeitszeit von 3 Stunden. Es bleibt abzuwarten, ob die sofort eingeleitete Untersuchung noch weiteres ergeben wird. Bis jetzt befinden sich der Oberbüchsenmacher Schwieger und der Meister Karl noch im Dienst. Das Vorgehen Hartens soll von einigen Rasterarbeitern mißbilligt worden sein. Erwiesen sich die Angaben des Harten nach jeder Richtung als wahr, so dürfte die Angelegenheit sicher etwas Staub aufwirbeln.

# **Potsdam.**

Die Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule findet am Freitag, den 31. August, bei Lodenstirn, Kaiser Wilhelmstraße 88, statt. Der nächste Kursus bezieht sich auf Nationalökonomie.

# **Vermischtes.**

**Kardinalsichte und Wechwater.** Römische Blätter berichten eine sehr merkwürdige Geschichte, die sich wie ein Hochspannerroman liest. In Florenz ist dieser Tage unter sehr eigentümlichen Umständen eine junge, schöne Marchesa verhaftet worden, die — wie dies bei vielen italienischen Marchesen zum „guten Ton“ gehört — von ihrem Gatten getrennt lebt und nebenbei die „Nichte“ des Kardinals Rampolla sein will. Die junge Frau lebte und „wirkte“ zuerst (wie die zahllosen geheimnisvoll pilanten Damen dieser Art in Rom zu „wirken“ pflegen) in der „Gesellschaft“, wo sie es verstand, zu dem Grafen Antonelli, einem Offizier der päpstlichen Kodelgarde, und zu dessen Gattin in die engsten Beziehungen zu treten; ja sie band diesem schlauen Römerpäpchen sogar einen Vären auf des Inhalts, ihre Anfel, der Kardinal, wünsche, daß sie in einer höchst mysteriösen Angelegenheit eine größere Rolle unternehmen und daß die Gattin des Würdenträgers sie als Ehren-dame begleiten möge; sie solle für diese Begleitung fürstlich entlohnt werden.

Die „Marchesa“ erzählte der Gräfin Antonelli, ihre Mutter, die Schwester des Kardinals Rampolla, sei vom Marchese Visamirino (einem Vertrauten des königlichen Hofes) verführt und nach ihrer Entbindung vergiftet worden! Nun habe ihr Onkel Rampolla ihr ungezählte Summen zur Verfügung gestellt, um ihren „Vater“, den Verführer und Mörder ihrer Mutter, vor Gericht zu ziehen. Ebenso wolle sie gegen ihren Ehemann, den Marchese Venezia auf Herausgabe ihrer Mitgift (1 1/2 Millionen) klagen. Da man in Rom von alters her für den Klang des Goldes ein sehr zartes Empfinden hat, ging die Eingeladene unter dem Jubel ihres Namens sofort auf den ehrenden Antrag ein, und Marchesa und Freundin dampften nach Florenz ab. Hier hielt man sich in einem ersten Hotel auf, lebte herrlich und in Freuden, und ein junger Mönch, der als wirkungsvoller Vuhprediger und Kanzelredner bekannte Vater Cianchi vom Dominikanerkloster von San Miniato quartierte sich zur Verleibung der geistlichen Bedürfnisse sowie zur Ausarbeitung des Handlungsplanes für die erwähnte Mission bei den beiden ein, wandte aber natürlich der Kardinalsichte sein Hauptinteresse zu. Von Florenz aus begab sich das Trio — immer auf angelegliches Geheiß des Onkels Kardinal nach Rom, wo der Bruder und Wechwater die Konventsklöster besuchte, überall den Segen des Kardinals, auf vatikanischen Amtspapier gedruckt, verteilte usw. Zutweilen fuhr das fromme Paar, Marchesa und Mönch, auch tagelang per Automobil in der Riviera herum, während die Freundin allein im Hotel ihren Betrachtungen oblag. Auf einmal waren die Mittel der Marchesa zu Ende; aber der Mönch wußte sich zu helfen, er nahm den Schnellzug und kaufte nach seinem Kloster, dessen Kasse er um 6000 Frank erleichterte. Stam war er zurück, so nahm auch die Marchesa das Dampfproß, eilte nach demselben Kloster, legitimierte sich als Nichte des Kardinals und ließ sich von dem naiven Prior . . . dieselbe Summe auszahlen. Dann bestiegen beide das Automobil, ließen die Freundin sitzen und begaben sich zum Ordensprovinzial, den sie um Vertuschung des mittlerweile ruchbar gewordenen Skandalos beschworen. Trotz der durch die Angelegenheit kompromittierten hohen Persönlichkeiten und trotz des Onkels Kardinal veranlaßte aber die Provinzial die Verhaftung der Marchesa, während ihr Tröster, der Vuhprediger, entwischt ist und seine Fähigkeiten wohl bereits bei einer anderen frommen Dame betätigt.

Auf der vergnügten Reise zu Dreien fand die „Marchesa“ übrigens noch Gelegenheit, die Gräfin um eine große Summe zu bestehlen und ihre kostbaren Juwelen durch falsche Steine zu ersetzen. Als die faule Geschichte endlich ans Licht kam, hatte die „Marchesa Rampolla“ einen solchen Schreck, daß sie einem Anfälle das Leben schenkte, als dessen Vater sie . . . den Gatten ihrer Freundin, den Grafen Antonelli bezeichnete. Bei näherem Zusehen erwies sich leider, daß das Waß, das die Marchesa mit eifersüchtiger Mutterliebe ganz allein besorgte, ja sogar stülte, eine . . . Holzpuppe war.

**Eine Löwengruppe eingegangen.** Die bekannte Löwengruppe des Dompteurs Julius Seeth, die zuletzt in Rußland sich befand und im nächsten Jahre unter der Leitung des berühmten Wandigers eine amerikanische Tournee unternehmen sollte, ist, wie man hört, ein Opfer verdorbenen Pferdefleisches geworden. Sämtliche Tiere sind eingegangen. Noch vor kurzem bot ein Viehhändler dem Besitzer der Tiere, Direktor Seeth, eine ganz bedeutende Summe für die Tiere, etwa 200 000 M., doch zerklüften sich die Verhandlungen, da Seeth den Verkauf ablehnte. Die Gruppe, die aus mehr als zwanzig großen männlichen Löwen bestand, erregte vor zwei Jahren im Zirkus Albert Schumann in Berlin viel Bewunderung.

# **Eingegangene Druckschriften.**

**Jahresbericht des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins** für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906. 31 Seiten. Verlag E. Heinrich in Hamburg.

**Jahresbericht der Agitationskommission für die Provinz Schleswig-Holstein** und das Fürstentum Lütten für die Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906. 31 Seiten. Verlag E. Haase u. Co., Kiel.

**Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission und der Wahlkreise nebst Rassenberichten der Provinz Pommern** vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1906. 52 Seiten. Verlag H. Horn, Steinhilber.

**G. Weißheim.** Des vergnügten Weinschänder Louis Druckers humoristischer Nachsch. 61 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag C. Frensdorff, Berlin SW. 11.

**Protokoll des 2. Bergarbeiterdelegiertenkongresses für Pruzen.** 113 Seiten. Preis 40 Pf. Verlag H. Hausmann u. Co., Bochum.